

Stadtparlament

Wortprotokoll

27. Sitzung der Legislatur 2019 - 2023

Dienstag, 21. Februar 2023, 19:00 Uhr, Seeparksaal

Vorsitz: Peter Künzi, FDP/XMV

Entschuldigt: Pascal Ackermann, SVP
Rudolf Daepf, SVP
Linda Heller, SP/Grüne

Anwesend Stadtparlament: 27

Anwesend Stadtrat: René Walther, Dieter Feuerle, Michael Hohermuth, Luzi Schmid, Jörg Zimmermann

Protokoll: Nadja Holenstein, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 27/1. Mitteilungen
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
- 27/2. Gestaltungsplan Riva (Fakultatives Referendum)
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 27/3. Ortsplanungsrevision
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 27/4. Fragerunde
- 27/5. Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Herren Stadträte, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Anwesende, ich begrüsse Sie herzlich zur 2. Parlamentssitzung 2023 und insgesamt zur 27. Parlamentssitzung der Legislaturperiode 2019-2023. Speziell begrüssen möchte ich Parlamentarierin Silke Sutter Heer. Es freut uns allen, dass du wieder die Kraft gefunden hast, aktiv am Parlamentsbetrieb teilzunehmen. Welcome back, Silke!

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, heute gilt es ernst, denn heute werden wir über zwei der zukunftsweisendsten Geschäfte für Arbon debattieren. Zum einen soll die Ortsplanungsrevision und zum anderen der Gestaltungsplan Riva behandelt werden. Dabei geht es meines Erachtens vor allem darum, diese beiden Geschäfte strikt auseinanderzuhalten. Man kann selbstverständ-

lich für oder gegen den Gestaltungsplan Riva sein, das sei dahingestellt. Falls jedoch die Ortsplanungsrevision vom Stimmvolk bachabgeschickt werden würde, hätte dies weitreichende Konsequenzen und es würden unter anderem zahlreiche weitere, für die Entwicklung von Arbon eminent wichtige Bauprojekte auf Jahre hinaus blockiert werden.

Und ja, die Wahlen stehen vor der Tür. Am 12. März 2023 finden die Gesamterneuerungswahlen für das Stadtpräsidium, den Stadtrat und für das Stadtparlament Arbon statt. Damit die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Arbon gleichzeitig und vollständig über die erfreulich zahlreichen Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat und das Stadtparlament informiert werden konnten, fand am 6. Februar im 1. Stock des Feuerwehrdepots die traditionelle Verpackungsaktion der Wahlunterlagen statt. Der Anlass war gleich gut organisiert wie besucht, fand doch eine Mehrheit der Kandidierenden den Weg in das erwähnte Lokal. Für die Zukunft müsste man sich jedoch überlegen, ob dieser Anlass nicht in den Seeparksaal verschoben werden sollte, dann könnte man sich nämlich die Schlepperei der Wahlunterlagen in den 1. Stock und das anschließende wieder Hinuntertragen derselben ersparen. Abgesehen davon wären auch die Platzverhältnisse im Seeparksaal deutlich grosszügiger, was wiederum zur Effizienzsteigerung und dementsprechend zur Verkürzung der Verpackungszeit genutzt werden könnte.

Und Arbon hat für die Wahlen auch ein Novum, nämlich Smartvote eingeführt. Mit dieser elektronischen Abstimmungshilfe wird es ermöglicht, sich ein noch detaillierteres Bild über die einzelnen Kandidierenden zu machen, als dies Wahlplakate am Strassenrand und Abstimmungsbroschüren in den Haushalten zu tun vermögen. Bleibt nur zu hoffen, dass durch den Einsatz von Smartvote die chronisch bescheidene Wahl- und Abstimmungsbeteiligung in Arbon endlich etwas gesteigert werden kann.

Mit diesen einleitenden Worten darf ich nun die 27. Parlamentssitzung der Legislatur 2019-2023 für formell als eröffnet erklären.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Parlamentspräsident fest, dass 27 Mitglieder des Stadtparlaments anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben. Das absolute Mehr beträgt 14.

Traktandenliste

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste?

Michael Hug, Die Mitte/EVP: Unsere Fraktion stellt den Antrag, dass die beiden Traktanden 27/2 Gestaltungsplan Riva und 27/3 Ortsplanungsrevision in der Reihenfolge geändert werden. Wir möchten zuerst die übergeordnete Ortsplanungsrevision und dann erst das Gestaltungsplanprojekt diskutieren. Vom Grossen ins Kleine.

Felix Heller, SP/Grüne: Inhaltlich hat Michael Hug natürlich recht. Das Büro ist aber nicht dumm und hat sich beim Traktandieren seine Gedanken gemacht. Die Überlegungen des Büros waren taktischer Natur. Wenn wir zuerst über die Ortsplanungsrevision sprechen, dann wird hauptsächlich über das Konzept Höhere Häuser und Hochhäuser diskutiert, namentlich über Riva. Denn dort liegt für die Kritikerinnen und Kritiker der Hund begraben. Es ist deshalb schlauer, zuerst über den Hund, also über Riva zu diskutieren. Wenn wir zuerst über Riva sprechen, ist dieses Thema dann bei der Ortsplanungsrevision erledigt. Wenn wir aber zuerst über die Ortsplanungsrevision und erst danach über Riva sprechen, laufen wir Gefahr, zweimal eine fast identische Debatte zu führen. Das wäre sinnlos, mühsam und zeitintensiv. Ich bitte also, dem Vorschlag des Büros zu folgen, der vielleicht inhaltlich weniger logisch ist, aber taktisch deutlich schlauer. Bitte lehnen Sie den Antrag Hug ab und belassen Sie unsere Traktandenliste so.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Wir hatten das Vergnügen, in beiden Kommissionen mitzuarbeiten und wir haben genau die Feststellung von Felix auch gemacht. Wir sind immer wieder

in die Diskussion über das Konzept Höhere Häuser und Hochhäuser abgerutscht, daher unterstützt der Stadtrat das Vorgehen des Büros.

Abstimmung

Der Antrag von Michael Hug wird mit 9 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Damit ist die Traktandenliste unverändert genehmigt.

1. Mitteilungen

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten:

Mit Versand vom 26. Januar 2023:

- Gestaltungsplan Riva, fakultatives Referendum, Kommissionsbericht
- Ortsplanungsrevision, Kommissionsbericht

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

Das Protokoll der 26. Parlamentssitzung dieser Legislatur ist genehmigt und im Internet aufgeschaltet.

Parlamentarische Vorstösse

Für die heutige Sitzung sind keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingegangen.

2. Gestaltungsplan Riva (Fakultatives Referendum) Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Präsident Peter Künzi, FDP: Das vorliegende Geschäft ist im Ganzen zu beraten. In der materiellen Beratung können Fragen gestellt werden. Mit der Schlussabstimmung gibt das Parlament eine Empfehlung zur Volksabstimmung ab. Das Eintreten zu diesem Geschäft ist obligatorisch. Für die Vorbereitung dieses Geschäfts wurde eine vorberatende Kommission eingesetzt. Gemäss Art. 34 Abs. 1 des Geschäftsreglements hat der Präsident der vorberatenden Kommission zuerst das Wort.

Felix Heller, SP/Grüne, Präsident vorberatende Kommission: Zuerst möchte ich herzlich danken, und zwar Parlamentssekretärin Nadja Holenstein für die Protokollführung an den zwei Sitzungen sowie Fabienne Egloff für die Abklärungen und Verantwortungen unserer Fragen. Ein besonderer Dank geht auch an meine Kommissionskolleginnen und -kollegen. Wir haben etwas geschafft, was ich mir auch für die heutige Parlamentssitzung wünsche. Wir haben unterschiedliche Ansichten und haben hart diskutiert, wir sind dabei aber stets sachlich und fair geblieben. Wir haben uns nicht zerstritten und können uns weiterhin in die Augen schauen. Man darf unterschiedlicher Meinung sein, insbesondere bei diesem Geschäft. Die Riva-Frage ist nämlich wenig politisch. Es geht bei Riva nicht darum, ob man links oder rechts, liberal oder konservativ ist, letztlich geht es hier vor allem um eine Geschmacksfrage. Ich appelliere deshalb an alle, den Ball flachzuhalten. Können Hochhäuser etwas Schönes sein? Sind es die Riva-Türme? Verschandeln die Türme unser Seeufer, wie die eine Seite tadelt, oder handelt es sich um ein Leuchtturmprojekt, wie die andere Seite schwärmt? Über Geschmack lässt sich bekanntlich schlecht streiten, deshalb sind diese Fragen auch denkbar ungeeignet für eine Diskussion hier im Parlament. Wir tun gut daran, sie dem Souverän zu überlassen. Das Volk soll entscheiden, ob Riva zu Arbon passt oder nicht. Wichtig scheint der Kommission, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eine solide Entscheidungsgrundlage haben und über das Projekt gut informiert sind. Mit Genugtuung hat die Kommission entsprechend zur Kenntnis genommen, dass ihre Empfehlung, die Höhe Rivas zu visualisieren, umgesetzt worden ist. Dies ist sicher im Sinn der Transparenz.

Gern weise ich an dieser Stelle noch auf die weiteren Empfehlungen der Kommission hin, nämlich mit HRS eine Dienstbarkeit zur Nutzung der Umgebung einzutragen und zusätzlich das Baumpflanzungsverbot in der Umgebung aufzulösen. Ich werde Ihnen nicht den ganzen Kommissionsbericht vorlesen und nicht auf alles, was darin steht, eingehen, sondern lediglich die für die Kommission wichtigsten Vor- und Nachteile zusammenfassen. Ich starte bei den Nachteilen, besser gesagt beim Nachteil, denn da geht es hauptsächlich um eines, nämlich um die Höhe.

Es ist umstritten, ob der Standort für Hochhäuser geeignet ist. Zwei unabhängige Gutachten von Fachleuten kommen zum Schluss, dass dem nicht so ist. Strittmatter und Partner Schreiben in ihrer Studie von 2012 in Bezug auf die Metropolparzelle: «Ferner sollte die maximale Gebäudehöhe nicht die Türme der Altstadt konkurrenzieren.» Das heisst, sie sollte unter 30 Meter bleiben. Ebenso deutlich drückt es die Studie Feddersen und Klostermann von 2009 aus, die besagt, dass Hochhäuser im städtebaulichen Sinn im vorhandenen Ortsbild von nationaler Bedeutung nicht denkbar seien. Im Leitfaden zur Anordnung höherer Häuser und Hochhäuser, ebenfalls von Strittmatter und Partner, allerdings aus dem Jahr 2014, also nur zwei Jahre nach ihrer kritischen Einschätzung findet man in Bezug auf Riva plötzlich folgenden Satz: «Mit der vorgeschlagenen Höhe ist das Gebäudepaar geeignet, die Stadtsilhouette Arbons mitzugestalten.» Was ist in diesen zwei Jahren passiert, dass es zum radikalen Meinungswechsel kam? Antwort: Nichts. Bei der Kritik von 2012 handelt es sich um eine Fachmeinung, bei der positiven Einschätzung von 2014 um den politischen Willen des damaligen Stadtrats. Wie es zur Anhebung der vertraglichen Gebäudehöhe kam und wieso ausgerechnet eine Parzelle am Seeufer für Hochhäuser infrage kommen soll, ist weiterhin schleierhaft. Im Sinn der Transparenz müssen die kritischen Stimmen, die sich auf Fachmeinungen berufen, unbedingt in der Abstimmungsbotschaft Niederschlag finden.

Das Bauen in die Höhe bringt aber gleichzeitig Vorteile mit sich, die nicht von der Hand zu weisen sind. Sichtbezüge werden bei Hochhäusern nämlich deutlich besser als bei einem Regelbau. Der Fussabdruck von Riva ist zudem deutlich kleiner als beim bestehenden Metropol-Bau, kleiner auch als beim Alternativprojekt. Die Durchlässigkeit der Parzelle wird besser und es bleibt mehr Abstand zum Seeufer. Ebenfalls erfreulich: Die Grünflächen rundherum – ich spreche nicht vom Fenster zum See – werden für die Öffentlichkeit zugänglich. Dies, obwohl es Privatgrund ist. Riva sichert zudem weitere öffentliche Interessen wie beispielsweise eine Bar, ein Restaurant, ein Eventsaal sowie einige Hotelzimmer. Bezüglich dieser Kriterien ist Riva deutlich besser als alles, was uns entlang der Seepromenade vom Metropol bis Steinach geboten wird. Auch die von HRS eingereichte Alternative wäre deutlich schlechter. Sie sichert keinerlei öffentliche Interessen. Riva-Gegnerinnen und Gegner mögen hervorheben, dass der Bau die Silhouette weniger störe und der Fussabdruck ebenfalls geringer sei als beim Metropol. Nur was nützt der Öffentlichkeit ein geringer Fussabdruck, wenn der private Grund eingezäunt und nicht begehbar ist? Von der Alternative profitieren einzig und allein die Wohnungsbesitzerinnen und Wohnungsbesitzer, Arbon hat gar nichts davon. Dies kann an dieser Lage unmöglich unsere Absicht sein.

Ich komme zum Schluss. Für eine Kommissionsmehrheit überwiegen die Vorteile von Riva. Es bleiben Bedenken in Bezug auf die Gebäudehöhe und die Eignung des Hochhausstandorts. Aber man kann diesbezüglich auch skeptisch sein und Riva trotzdem zustimmen, denn ein Projekt, wo alles stimmt und wir alle euphorisch sind, ist unrealistisch. Zu unterschiedlich sind Interessen, zu verschieden die Geschmäcker. Ausserdem handelt es sich um ein Privatgrundstück und nicht um eine Parzelle, die im Besitz der Stadt ist. Es gibt leider kein Wunschkonzert, was an dieser Stelle gebaut werden könnte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Riva bietet nicht alles, aber Riva bietet vieles. Aus diesen Gründen empfiehlt Ihnen die Kommission mit einer 5:2-Mehrheit, dem Gestaltungsplan Riva zuzustimmen.

Jakob Auer, SP/Grüne: Mit dem Riva, über das wir heute diskutieren, ist weder der italienische Motorboothersteller, die kroatische Popgruppe oder der Badeort bei Istanbul oder die Stadt im indischen Pradesh gemeint. Unser Riva befindet sich zwischen einem Bearbeitungsgebiet, einer Kastanienallee und einem Bahnhof. Klein, sehr klein zu dem vorher genannten gleichnamigen

Namensträgern. Auch bei unserem Riva gibt es, wie bereits vom Kommissionspräsidenten gehört, Für und Gegen, je nach der Gewichtung kommt man da natürlich zu unterschiedlichen Ergebnissen. Das zeigt sich in der Bevölkerung, in der vorberatenden Kommission und auch, Sie werden es heute Abend sehen, hier im Parlament. Der Stadtrat wie auch die vorberatende Kommission hat die Abwägungen der Gesamtinteressen vorgenommen. Das hat natürlich auch die Fraktion SP/Grüne gemacht. Und siehe da, man wurde sich einig. Man wurde sich aber nur einig, dass wir auf das Geschäft eintreten.

Erlauben Sie mir noch einen Gedanken dazu: Wenn Arbon neben dem Arboner des Jahres neu ein Unwort des Jahres einführen würde, wäre es das letzte Jahr Wunderbar gewesen und ich denke, dieses Jahr wäre es Riva.

Reto Neuber, Die Mitte/EVP: Unsere Fraktion hat dieses emotionale Thema sehr kontrovers diskutiert. Wir müssen heute eine wichtige Botschaft an unsere Bevölkerung senden und in diesem doch schon über 10 Jahre alten Thema endlich vorwärtsmachen. Die Fraktion bedankt sich herzlich bei der Kommission für ihre geleistete Arbeit und dem Kommissionspräsidenten für diesen sehr gut verfassten Kommissionsbericht. Wir sind der Meinung, dass die Bevölkerung nun bestens über diesen Gestaltungsplan informiert ist, um eine fundierte Entscheidung zu treffen. Wir werden in der Detailberatung noch auf einige Punkte genauer eingehen. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist einstimmig für Eintreten.

Ulrich Nägeli, SVP: Ich lasse einige Passagen aus, aber ich möchte mich auch bedanken für die gute Zusammenarbeit, speziell beim Kommissionspräsidenten Felix Heller, wo wir das in zwei Sitzungen sachlich durchgezogen haben. Ebenso für die Unterstützung von Stadtpräsident René Walther, von Fabienne Egloff, Leiterin Stadtentwicklung und unserer Parlamentssekretärin Nadja Holenstein. Natürlich bedanke ich mich auch bei den beteiligten Parlamentarierinnen und Parlamentariern in dieser Kommission. Selber Mitglied in dieser Kommission kann ich Ihnen versichern, dass nochmals gründlich recherchiert und untersucht wurde, wie erwähnt stets mit der gebotenen Sachlichkeit. Der erstellte Kommissionsbericht war anschliessend sehr unterstützend in der Diskussion in der Fraktion. Gerne komme ich nach dem Eintreten darauf zurück. Die SVP ist für Eintreten.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Wir haben das Geschäft in der Fraktion FDP/XMV intensiv diskutiert. Im Eintreten möchten wir uns kurz halten, wir haben nachher in der materiellen Diskussion einige Voten. Wir bedanken uns für die geleistete Arbeit. Es wurden sowohl von der Gegnerschaft wie Befürwortern jeweils Meinungen eingebracht und so, wie ich das in Kommissionsbericht gelesen habe, wurden diese sehr seriös auseinanderdividiert. Man hat in der Kommission gearbeitet, ist zu einem Bericht gekommen, welcher sehr klar und sehr deutlich formuliert ist, was die Hintergrundarbeit der Kommission war. In diesem Sinn bedanken wir uns als Fraktion bei den Mitgliedern der Kommission und auch bei den Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung, die mitgearbeitet haben, sowie auch beim Stadtpräsidenten. Wir sind gespannt auf die nun folgende Diskussion.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Wie bei der Ortsplanungsrevision handelt es sich bei Riva um ein Projekt, welches sehr lange dauert. Sie wissen es, Raumplanung ist eine Interessenabwägung und gerade in diesem Fall war die Arbeit sehr umfangreich. In diesem Sinn möchte sich der Stadtrat ganz herzlich bei der Kommission für die seriöse Arbeit bedanken. Wir sind selbstverständlich für Eintreten und finden es gut, dass die Bürgerinnen und Bürger von Arbon baldmöglichst über das Projekt entscheiden können.

Eintreten ist obligatorisch.

Cornelia Wetzel Togni, SP/Grüne: Im Planungsbericht zum Gestaltungsplan Riva werden im Kapitel Grundlagen aus den ISOS-Erläuterungen sieben Massnahmen genannt, welche beim Arboner Seeufer samt Metropolareal zu beachten sind. Anschliessend wendet der Planungsbericht aber nur fünf dieser sieben ISOS-Massnahmen auf das Riva an. Ausgerechnet die Vorgabe, spezielle, an die Umgebung angepasste Zonenvorschriften erlassen mit der Zusatzerläuterung des ISOS Geschosszahl reduzieren, wird im Planungsbericht nicht behandelt. Gefordert wäre laut ISOS also offenbar eine Anpassung der Zonenvorschriften an die Umgebung unter anderem mittels Reduktion der Geschosszahl. Der Stadtrat plant hingegen eine Anpassung an das Gewinnerprojekt eines privaten Architekturwettbewerbs mittels Erhöhung der Geschosszahl. Auch die Empfehlung des ISOS-Eintrags zu Arbon, die Uferpartie dürfe keinesfalls verdichtet werden, bleibt im Planungsbericht unerwähnt, obwohl die beiden Riva-Hochhäuser diese Empfehlung offensichtlich missachten. Laut ISOS gilt gerade das Seeufer als schützenswert. Der Planungsbericht unterlässt es jedoch auch hier, die Wirkung der beiden Hochhäuser auf das Seeufer zu untersuchen. Damit ist die ISOS-Beurteilung der Stadt Arbon auch diesbezüglich unvollständig.

Dessen ungeachtet heisst es in der Parlamentsbotschaft so vereinfachend wie beschönigend, die Massnahmen werden alle im Sinn des ISOS umgesetzt. Die offensichtlichen Unstimmigkeiten der ISOS-Einschätzung des Stadtrats zum Riva müssen bereits dazu führen, dass dieser ein entsprechendes Gutachten der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzbehörde einholt, was der Stadtrat jedoch ablehnte. Die Begründung, dass der Abstimmungstermin hinausgezögert wird, ist nicht nachvollziehbar, zumal laut Auskunft der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission ein provisorisches Gutachten innert drei Monaten vorgelegen hätte. Weiter begründet der Stadtrat das Nichteinholen des Gutachtens damit, dass es keine vorhandene Bundesaufgabe gemäss Art. 7 Natur- und Heimatschutzgesetz tangiere. Diesbezüglich habe ich mir erklären lassen, dass im Ermessen der kommunalen oder kantonalen Behörden ein besonderes Gutachten nach Art. 17 a des Natur- und Heimatschutzgesetzes durchaus hätte eingeholt werden können.

Der Verzicht auf das Gutachten der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzbehörde mit dem Hinweis, dass es die Pflicht des Departements für Bau und Umwelt und der kantonalen Denkmalpflege sei, die ISOS-Vereinbarkeit anlässlich jeder Gestaltungsplangenehmigung zu überprüfen, vermag nicht zu überzeugen. Bekanntlich ist der aktuelle Vorsteher des DBU ehemaliger Stadtpräsident von Arbon und muss als befangen gelten. Ich habe zwischenzeitlich vernommen, dass er in dieser Angelegenheit gedenkt, in den Ausstand zu treten. Jedoch auch der seit 2020 amtierende Vorstehende der kantonalen Denkmalpflege ist befangen, zumal er direkter Weisungsempfänger des DBU-Vorstehers ist und zweitens am 25. November 2021 in der Thurgauer Zeitung den Arboner Stadtrat in Schutz nahm und die Notwendigkeit eines Gutachtens der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzbehörde verneinte. Es ist daher entgegen dem Beschluss des ehemaligen Arboner Stadtpräsidenten nicht anzunehmen, dass bei Annahme des Gestaltungsplans Riva die kantonale Genehmigungsbehörde die ISOS-Einschätzung der Stadt Arbon unvoreingenommen überprüfen oder ein ENHK-Gutachten einfordern würde.

Fazit: Der Beschluss des Stadtrats vom 25. April zur Nichteinholung eines Gutachtens der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission vermag nicht zu überzeugen. Selbst der jetzige Stadtpräsident räumt gemäss Kommissionsbericht ein, dass im Sinn einer sorgfältigen Gesamtinteressenabwägung ein Gutachten der Natur- und Heimatschutzkommission für die Bevölkerung begrüssenswert gewesen wäre. Die verbreitete Meinung, ein solches Gutachten wäre nur irgendein weiteres Gutachten, vermag auch nicht zu überzeugen, angesichts dessen, dass das Bundesgericht den Empfehlungen der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission in seinen Urteilen weitestgehend folgt. Soweit zu ISOS und den fehlenden Gutachten der ENHK.

Zur geeigneten Hochhauslage auf der Metropolparzelle möchte ich folgende Überlegungen mit Ihnen teilen: Der Stadtrat gelangt im Kapitel Gesamtinteressenabwägung im Abschnitt Ortsbildschutz zur Auffassung, dass die Riva-Türme das Arboner Ortsbild nicht negativ beeinträchtigen, weil sie die historischen Türme der Altstadt nicht konkurrenzieren. Im Wesentlichen begründet

der Stadtrat diese Einschätzung damit, dass die Bebauung aufgrund der Distanz und des Höhenunterschieds kaum Berührungspunkte mit der Altstadt hat. Die Auffassung, dass sich die Riva-Bebauung respektive das Baugebiet von der Altstadt gut erkennbar absetzt, teilt selbst das Konzept zur Anordnung höherer Häuser und Hochhäuser nicht. Im offensichtlichen Widerspruch dazu wird darin festgehalten, das Gebiet ist der Altstadt südlich vorgelagert und besitzt damit einen unmittelbaren Einfluss auf dessen Ortsbild. Diese gegensätzliche Beurteilung muss für sich allein grundsätzlich Zweifel an der Ortsbildbewertung hervorrufen. Auch dass das Gebiet gut als Teil der urbanen neuen Stadtmitte erkennbar sein soll, ist nicht nachvollziehbar, denn das Gebiet liegt östlich am Bodensee respektive an der Seepromenade, südlich liegt es unweit einer Naturschutzzone und an einem geplanten Park sowie nördlich neben einer geschützten Villa mit grossem Park. Der urbane Bezug lässt sich einzig westlich ausmachen. Von der sogenannten neuen Stadtmitte wird das Gebiet jedoch durch Strassen, Bahngleisen und Bahnhof getrennt.

Das Konzept zur Anordnung höherer Häuser und Hochhäuser hält fest, dass der Abschnitt Ausgangslage beim jeweiligen Gebiet aufzeigt, weshalb es sich für die Anordnung höherer Häuser und Hochhäuser eignet. Beim Riva werden unter Ausgangslage auf S. 29 mehrere Punkte dargestellt, die für Hochhäuser sprechen sollen. Objektive Kriterien betreffend die grundsätzliche Eignung als Hochhausgebiet sind nicht ersichtlich. Viel eher sprechen zahlreiche Fakten zur Ausgangslage gegen ein Hochhaus, geschweige denn zwei Hochhäuser in diesem Gebiet. Der Einfluss auf das Ortsbild der Altstadt, die direkte Lage am Seeufer respektive an einem bedeutenden Naherholungsgebiet, die erhebliche Fernwirkung auf dem Wasser. Zudem wird bereits im ISOS-Eintrag das Metropol als störende Verbauung gewertet – und hier sprechen wir nicht einmal von Hochhäusern. Wer gar nach einer Empfehlung für die zwei Hochhäuser an diesem Standort sucht, wird nicht fündig. Damit wirft die Auszeichnung der Metropolparzelle als Hochhausgebiet enorme Fragezeichen auf.

Halten wir fest: Anhand der Lage vermag das Projekt Riva nicht zu überzeugen. Das Seeufer ist der falsche Platz für Hochhäuser. Keine Schweizer Stadt kommt auf die Idee, am Seeufer Hochhäuser zuzulassen, auch nicht Grossstädte wie Zürich oder Genf. Im Rahmen der Interessenabwägung sind gemäss Raumplanungsverordnung auch Alternativen und Varianten zu prüfen. Ich habe mir erklären lassen, dass bei fehlender Prüfung von Varianten und Alternativen die Gerichte die Interessenabwägung häufig als lückenhaft erachten und sie zurück an die Planungsbehörde weisen. Aus der Gesamt Interessenabwägung im Planungsbericht ist nicht ersichtlich, dass sich der Stadtrat mit Alternativen oder Varianten auseinandergesetzt hat. Braucht es, um allfällige Interessen wahrzunehmen, tatsächlich zwei Hochhäuser in unserer schönen Bucht? Auch bei der Interessenabwägung hätte der Stadtrat die Beeinträchtigung des Arboner Ortsbilds durch die Riva-Türme berücksichtigen müssen. Weil er diese negiert, hat er hier kein relevantes Interesse ermittelt.

Allein aufgrund der Einwände zum Planungsbericht, der öffentlichen Diskussion, der Forderungen der anerkannten IG Seeufer ohne Hochhäuser und der Feststellung der Denkmalpflege anlässlich der Vorprüfung, das Riva-Projekt führe zu einer grossen Beeinträchtigung des Ortsbilds, hätte der Stadtrat relevantes Interesse ermitteln müssen. Zusätzlich bleibt die Gewichtung der Interessen, die für das Riva sprechen, allgemein und oberflächlich, obwohl der Stadtrat viele Jahre Zeit gehabt hätte, hier konkrete Untersuchungen anzustellen. Wie gewichtig ist das Interesse an luxuriösen Hotelzimmern, wenn im Masterplan Seeufer festgehalten wird, dass es vor allem an einfachen, erschwinglichen Übernachtungsmöglichkeiten wie Hostels, BnB und Wohnmobilstellplätzen fehlt, Familien und Fahrradtouristen anzulocken? Weiter soll sich der Gastrobereich gemäss Masterplan Seeufer zwischen Wöschplatz und Jakob-Züllig-Park erstrecken. Wie gewichtig ist dann ein Gastroangebot im gehobenen Segment an dieser Stelle? Wie gross ist der Bedarf eines weiteren Saals? Was ist mit der Auslastung der bestehenden Saalobjekte? Eine derartig konkrete Auseinandersetzung und Gegenüberstellung aller relevanten Interessen fehlt in der Gesamtinteressenabwägung.

Noch eine Bemerkung zur Ökologie, die mir als Grüne wichtig ist: Auf wenig festem Grund, wie dies in unserer wunderschönen Bucht der Fall ist, benötigen Hochhäuser aus statischen Gründen

ein riesiges Fundament und eine Tragstruktur, welche zu einem enormen Ressourcenverbrauch führen. Sie verschlingen ungeheure Mengen an Zement und Stahl, beide Materialien sind nicht gerade für ihre gute Ökobilanz bekannt.

Dass dem Stadtrat Fehler unterlaufen, hat er gezeigt. Kein Problem, sowohl betreffend Gutachten der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission und bei seiner Einschätzung zum Stadthof. Der Stadtrat und die Bevölkerung hätten nichts zu verlieren, wenn wir das Gutachten der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission einholen würden. Also holen wir dieses Gutachten endlich ein, damit Klarheit herrscht, und zwar für alle.

Aus genannten Gründen beantrage ich, dass der Stadtrat ergänzend zu den vorhandenen Unterlagen zur Abstimmung ein Gutachten der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission einholt. Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen.

Felix Heller, SP/Grüne, Präsident vorberatende Kommission: Aus Sicht der Meinungsbildung für die Stimmbevölkerung und im Sinn der vollen Transparenz könnte ein ENHK-Gutachten sinnvoll sein. In der Kommission ist ein entsprechender Antrag aber knapp mit 3 zu 4 Stimmen gescheitert. Dies aus drei Gründen:

1. Die eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission kommt klassischerweise dann zum Zug, wenn eine Bundesaufgabe tangiert ist. Das ist hier nicht der Fall.
2. Ein ENHK-Gutachten ist sinnvoll, wenn man am Anfang eines Projekts steht, also wenn eine Grundsatzfrage zu klären ist. Das Geschäft Riva hingegen ist weit fortgeschritten. Das Gutachten hätte vor den Projektwettbewerb eingeholt werden sollen, es käme nun also ca. 10 Jahre zu spät. Natürlich könnte man es jetzt immer noch einholen, aber, und damit komme ich zu Punkt 3:
3. Der Stadtrat ist seiner Pflicht nachgekommen, eine umfassende Interessenabwägung gemäss Art. 3 der Raumplanungsverordnung vorzunehmen. Hierbei hat er auch das ISOS berücksichtigt. Zwar nicht vollumfänglich, da hat Cornelia Wetzel Togni völlig recht, aber das wäre auch nicht richtig, da ja auch noch andere Interessen bestehen. Ein ENHK-Gutachten wäre lediglich ein weiteres Puzzlestück in der Gesamtinteressenabwägung. Es wäre nicht so, dass wegen dieses Puzzlestücks Riva vom Tisch wäre. Im Gegenteil. ENHK fokussiert nämlich nur auf das Ortsbild und vernachlässigt dafür andere Aspekte, beispielsweise die Stadtentwicklung oder Interessen der Öffentlichkeit.

Aus den genannten Gründen empfiehlt die Kommission den Antrag zur Ablehnung.

Arturo Testa, Die Mitte/EVP: Danke Cornelia für diesen Antrag. Ich unterstütze diesen Antrag natürlich auch, und zwar aus den Gründen, was von der Stadt vergessen wurde, kann jetzt nachgeholt werden. Was die Stadt versäumt hat, soll sie nachholen. Und dieses Gutachten bringt wirklich einen wichtigen Grundstein und für das Stimmvolk eine wichtige Entscheidungshilfe. Ich bitte Sie daher, den Antrag von Cornelia Wetzel zu unterstützen.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Wir haben jetzt den sehr differenzierten Bericht von Felix Heller gehört, wir haben das Votum von Cornelia Wetzel gehört, wir haben diverse Gutachten zitiert bekommen. Man kann das sicher machen, die Frage ist nur, ob wirklich etwas Neues dabei herauskommt. Denn die Karten liegen meiner Meinung nach auf dem Tisch und ich glaube nicht, dass mit einem ENHK-Gutachten jetzt weitere wesentliche Fakten auf den Tisch kommen würden.

Abstimmung

Der Antrag von Cornelia Wetzel Togni zur Einholung eines nachträglichen ENHK-Gutachtens wird mit 20 Nein-Stimmen gegen 7 Ja-Stimmen abgelehnt.

Ulrich Nägeli, SVP: Wir hatten eine etwas andere Herangehensweise an dieses Problem und es wird nicht so lange dauern. Lanciert wurde das Riva-Projekt ungefähr 2012. Jetzt, wo wir endlich auf der Zielgeraden sind 2023, ist die Welt eine andere. Wir alle können selbst beurteilen, was

sich in der Zwischenzeit alles ereignet hat. Es hat sich einfach zu viel verändert, als dass wir das Riva im gleichen Kontext wie vor 2012 beurteilen können. Ich kann mich nicht erinnern, dass jemals in Arbon ein Projekt über so lange Zeit so massiv geprüft wurde und immer noch wird. Die Herausforderungen und die Anforderungen haben sich jedoch massiv geändert. Somit hat die Fraktion SVP das Riva möglichst pragmatisch nach der aktuellen Situation, also an der neuen, heute herrschenden Realität angelehnt. Unter anderem waren das etwa zuerst folgende Kernpunkte mit Anforderungen, die in der ganzen Schweiz vorherrschen: Die neue Vorgabe des Raumplanungsgesetzes des Bundes, höher und dichter bauen, die begrenzten Baulandreserven und Schutz der Schweizer Landreserven, die Förderung und der Erhalt von Biodiversität und Naturschutzflächen, die nötige Reduzierung des Energieverbrauchs pro Einwohner, Antworten auf ein rasantes Bevölkerungswachstum in der Schweiz, steigende Mietpreise und Eigenheimpreise und eine nicht enden wollende Verteuerung der Immobilien. Auch unter Aspekten unserer Einheitsgemeinde Arbon-Frasnacht-Stachen kommen noch viele weitere Punkte dazu. Das veränderte Wohnverhalten der Arboner Bevölkerung, die Zukunft als attraktiven Wohn- und Arbeitsplatz auszubauen, die Einhaltung des Labels Energiestadt Gold mit den verlangten Energievorgaben und -einsparungen, die Integration und eigene Betonung des neu entstandenen Stadtteils Saurer WerkZwei in die Stadt Arbon, mehr Angebote im Segment gehobenes Wohnen, also auch mehr Steuereinnahmen, die Steigerung des Gastroangebots an unserer Seepromenade, ein Beitrag zur Lösung von Parkplatzproblemen an der Uferpromenade mit einer öffentlichen Tiefgarage, der Ausbau unseres Tourismusangebots. Man könnte hier weitermachen, aber in Bezug auf die Redezeit stoppe ich jetzt.

Wir als SVP-Fraktion konnten in all diesen Bewertungspunkten immer positive Auswirkungen für unsere Stadt Arbon erkennen. Es spricht sehr vieles für eine Riva-Lösung. Die Vorteile für ganz Arbon überwiegen. Betrachten Sie es als eine Art Abwägung. Nochmals: Der Kontext ist heute ein anderer. Sehen Sie da im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung, was alles geplant ist. Das historische Museum, die Integration Tourismus am See, die Spange Süd mit Industrie und Gewerbe und Wohnen, neuer Stadtteil Werk 2, das alles muss ineinandergreifen und sich gegenseitig ergänzen. Hier müssen wir ansetzen. Wir haben heute die einmalige Gelegenheit, eine mutige wie auch nötige Botschaft zu geben. Die Fraktion spricht sich einstimmig für das Riva-Projekt aus. Wir empfehlen es, weil einfach die Vorteile für die gesamte Stadt Arbon überwiegen.

Christoph Seitler, FDP/XMV: Ich bin weder Architekt noch Städtebauer, ich bin Laie, wenn es um die fachgerechte Bewertung von Gebäuden geht. Ich habe jedoch ein Empfinden, und das signalisiert mir bei der Visualisierung der zwei Riva-Türme, welche im Netz in etlichen Varianten zu finden sind, spontan eine brachiale Architektur. Die zwei Riva-Türme, die sich da in der idyllischen Steinacher Bucht reinsetzen, als ob sie von einem Raumschiff kurzerhand abgeworfen worden wären. Ja, ich bin nicht gerade begeistert von diesen Türmen, die scheinbar kontextlos und ohne weiteren Bezug die Silhouette des über Jahrhunderte organisch gewachsenen Seeufers von Arbon dominieren. Die Weichenstellung für diese Türme, welche prima Vista fast als architektonische Bausünden imponieren, fand 2011 statt, als die Migros der HRS die Parzellen 1800 und 1648 verkaufte. Mit dem Gestaltungsplan Riva stehen wir nun unwiderruflich vor einem Scheideweg. Eine ausgewogene Entscheidung kann nur dann gefällt werden, wenn erste, vielleicht auch emotionale und dadurch prägende Eindrücke relativiert werden. So ergeben sich bei diesem Bauvorhaben auf den zweiten Blick für die Bevölkerung von Arbon auch Vorteile. Ich denke da vor allem an die für die breite Öffentlichkeit zugängliche Freifläche sowie an die geplante Gastronomie und Hotellerie, welche zusammen zu einer deutlichen Belebung des ehemaligen Metropolareals führen könnten. Die Alternative, welche die HRS bereits in einem zweiten Baugesuch publik machte, wäre eine von der Öffentlichkeit abgeschottete Schlafkaserne in der Regelbauweise ohne Speiserestaurant, Bar oder Hotelbetten. Weitere Alternativen gibt es schlicht und einfach nicht. Als Urarboner behagen mir weder die geplanten Türme noch die Wohnenöde als Alternativprojekt. Aber manchmal muss man sich halt für das kleinere Übel entscheiden und das heisst für mich definitiv die Annahme des Gestaltungsplans Riva, ansonsten das Gebiet der Bahnhofstrasse und vor dem Bahnhof zu einem tristen Schlaföderland verkommt. Vielleicht, das hoffe ich sehr, mutiert im Verlauf der Zeit dann, wenn man sich einmal an diese

Türme gewöhnt hat, Riva zu derjenigen städtebaulichen Bedeutung, welche übersetzt aus der hebräischen Sprache als fesselnde oder als die Verbindung schaffende umschrieben wird.

Arturo Testa, Die Mitte/EVP: Ich möchte mich bei den Kommissionsmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit und beim Präsidenten für die faire Führung und den sehr guten Bericht bedanken, ebenfalls bei den Vertretern der Stadt für ihre Zusammenarbeit mit der Kommission. Weiter möchte ich mich entschuldigen, wenn mein Votum vielleicht nicht ganz stimmig klingt, denn ich möchte zu viele Wiederholungen der guten Voten von Cornelia Wetzel und Felix Heller vermeiden.

Ja, ich bin ein Mitbürger, der sich an der Höhe der Türme stört. Und ja, ich bin einer, der denkt, an dieser Lage braucht es keine Hochhäuser. Meine Meinung wird unterstützt durch die zwei Studien, in denen explizit erwähnt wird, dass die Hochhäuser an diesem Ort stören und eine maximale Höhe von 30 Meter nicht überschritten werden darf. ISOS wurde durch die Stadt sogar mit Füßen getreten. Ich hoffe, dass der Kanton nun bei allen Gemeinden den gleichen Massstab ansetzt, denn wie im Tagblatt vom 13. Dezember 2022 zu lesen war, wurde ein Teil des Zonenplans in Romanshorn abgelehnt, da ISOS und die Studien nicht beachtet wurden. Hier die wichtigsten zwei Aussagen als Zitat aus dem erwähnten Zeitungsartikel:

1. Bezug auf ISOS: «Der Hauptvorwurf, die Stadt habe das Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz ISOS zu wenig berücksichtigt.»
2. Bezug auf hohe Häuser und Hochhäuser: «Der Kanton bewilligt die entsprechenden Bestimmungen nicht. Es sei nicht nachvollziehbar, wie die Stadt hier die geeigneten Standorte ausgewählt habe. Aus denkmalpflegerischer Sicht ist es zu bedauern, dass bei der Planung zum Teil erheblich von der Studie von Feddersen und Klostermann aus dem Jahr 2010 abgewichen wird.»

Für mich heisst das im Umkehrschluss, der Kanton beachtet sehr wohl Studien, die älter sind, denn sie stammt aus dem Jahr 2010.

Die Befürworter sprechen immer den Nutzen an: weitere Hotelzimmer und Gastronomie. Hierzu meine ich, die Situation in Arbon in Bezug auf Hotelzimmer in sämtlichen Preislagen hat sich entspannt und wird auf absehbare Zeit weiter ausgebaut. Zur Gastronomie meine ich, wenn endlich die Projekte am Seeufer weiterentwickelt werden und in einem späteren Zeitpunkt hier beim Kanton endlich das Konzept und die entsprechenden Bewilligungen beantragt werden, müssen wir uns um diesen Punkt keine Sorgen machen. Somit sind dann genügend Hotelzimmer vorhanden und auch die Gastronomie am Seeufer wird eine breite Palette an Möglichkeiten aufweisen. Das heisst im Umkehrschluss, wir müssen uns durch einen störenden Bau von zwei Hochhäusern diese nicht teuer erkaufen.

Weiter stört mich, dass HRS wieder unter einem Vorwand der rote Teppich ausgebreitet wird. Mit dem Recht, die Häuser auf die Grenzlinie zu setzen und dass sie dann für ihre Veranda nochmals einen 4 Meter breiten Landstreifen von der Stadt bekommt, denke ich, sollte so nicht sein.

Die Baukosten einer Verbindung vom Parkhaus des Rivas zum angedachten Parkhaus der Stadt, die nach meiner Schätzung etwa 4 Meter tief, 8 Meter breit und etwa 3 Meter hoch wäre, werden in den Gesamtkosten zu diesem Projekt nicht ersichtlich sein, wenn das Parkhaus überhaupt kommt, finanziert werden kann und sich rechnet. Einstöckig kann man nur mit etwa 100 Parkfeldern rechnen. Abzuwarten ist noch, wie sich die Stadt mit Zuhilfenahme von Juristen zum kantonalen Planungs- und Baugesetz, in dem ein Paragraph eine generelle Gestaltungspflicht an diesem Ort vorschreibt, verhält. Denn dies ist massgeblich, obwohl ich der Meinung bin, das Alternativprojekt der HRS würde mich nicht stören.

Die Weigerung der Kommissionsmehrheit und der Stadt und nun auch des Stadtparlaments, ein ENHK-Gutachten endlich einzufordern, ist mir unbegreiflich. Es gab und gibt keinen Grund, sich dem vehement zu verschliessen. Da damit zu rechnen ist, dass es so oder so dazu kommt, finde ich die damit vergeudete Zeit und Ressourcen als sinnlos.

Ich möchte auch noch ganz kurz etwas zu den freien Flächen sagen, die hier auch so gepriesen wurden. Wir dürfen nicht vergessen, wenn wir diese Flächen mitnutzen, müssen wir auch mitzahlen. Der Unterhalt von solchen Flächen wird sicherlich auch der Stadt belastet.

Ich bitte das Parlament, hier ein Zeichen zu setzen und dem Volk die Empfehlung auszusprechen, diesen Gestaltungsplan unter diesen Voraussetzungen abzulehnen.

Rico Baettig, FDP/XMV: Ich bin nicht ganz der Meinung von Arturo. Ich finde, wir haben keine passende Gastronomie am See in Arbon. Bei meiner Arbeit als Visagist bin ich sehr häufig mit Hochzeitspaaren konfrontiert. Viele Paare entscheiden sich, in Arbon zu heiraten, dies wegen des ausserordentlich charmanten und romantischen Standesamts im Schloss. Das freut mich als Arboner sehr. Nur hört das Schwärmen sofort auf, wenn es um die Gastronomie geht. Die guten Zeiten der Wunderbar sind vorbei, das rote Kreuz passt vielen nicht ins Konzept. Bleibt nur noch das Strandbad, wer am See feiern will. Eine magere Auswahl für eine Stadt, welche zu den schönsten am Bodensee gehört. Wir brauchen dringend eine Gastronomie am See. Eine Innovation, ein Leuchtturm, der nach St. Gallen und über den ganzen Bodensee strahlt für Familienfeste, Geburtstage, Hochzeitsgesellschaften. Es ist ausserordentlich schade, dass diese Festgesellschaften in andere Gemeinden ausweichen müssen.

Ein anderer Punkt ist auch viel Zuspruch von der Jugend. Welches Erbe hinterlassen wir unserer Jugend? Diese Frage wird oft gestellt. Verbauen wir mit dem Riva dieses Filetstück am Seeufer für Generationen? Die Gegnerschaft beantwortet diese Frage mit Ja. Da habe ich Dutzende von anderen Meinungen eingeholt. Als Vater zweier Kinder und als engagierter Helfer und Coach im Yachtclub Arbon habe ich Jugendliche zwischen 10 und 15 Jahren gefragt, was sie vom Riva halten, und mit ihnen das Konzept besprochen. Da hiess es unisono: mega cool, geil, lässig. Diese positiven, spontanen Reaktionen zeigen mir, dass das Riva modern und zeitgemäss ist. Ein Ausdruck der heutigen Architektur und alles andere als ein Schandfleck. Eine Schande wäre es jetzt, keinen Mut zu haben.

Matthias Schawalder, SVP: Abgesehen vom optischen Aspekt, den diverse Vorredner ja bereits erläutert haben, möchte ich die Gelegenheit jetzt nutzen und Sie nochmals daran erinnern, welche Themen wir hier jährlich in diesem Parlament besprechen. Es wird jedes Jahr über das Budget und die Jahresrechnung diskutiert, es werden diverse Umweltthemen debattiert und ökologische Themen eingebracht. Es geht darum, wie wir das Seeufer attraktiver gestalten können, es geht oftmals darum, wie es mit der Stadtentwicklung aussieht. Und nicht zuletzt die Förderung des Gewerbes, was wir tun können, damit das Gewerbe aktiver ist. Aber zurück zum ersten Punkt Budget und Jahresrechnung. Es ist unbestritten, dass Riva unter anderem auch finanzstarke Einwohner anlocken wird. Was sich daraus ergibt, ist klar, es entsteht Steuersubstrat, es generiert Mittel für andere Themen. Und in Anbetracht unseres hohen Steuerfusses ist dies sicher auch ein positiver Aspekt. Bei den umwelttechnischen Themen, Ulrich Nägeli hat es bereits angesprochen, wenn etwas verdichtet gebaut ist, dann ist es sicher dieses Riva mit seiner Höhe. Allein der Fussabdruck von 1860 Quadratmetern mit seinen 60 Wohnungen ist eigentlich optimal, wenn es darum geht, einen ökologischen Aspekt zu berücksichtigen. Und die dadurch freiwerdende Uferpartie mit den Grünflächen ist sicher auch nicht von der Hand zu weisen. Also aus umwelttechnischer Sicht sicher sinnvoll.

Seeufer-Attraktivitätssteigerung: Es wurde vorhin gesagt, eine Gastronomie, die etwas hergibt, ist mir aktuell auch nicht bekannt. Wenn hier etwas Gehobenes zustande kommt, wäre das für die Stadt und ihr Seeufer ein riesiger Mehrwert. Natürlich auch die Hotellerie und die Grünflächen würden das ganze Seeufer aufwerten.

Zur Stadtentwicklung selbst: Es ist klar, es ist eine subjektive Geschmackssache. Ich persönlich bin der Meinung, hier sollte etwas Fortschrittliches hin. Seit ich in Arbon wohne, ich bin noch nicht so lange hier, sehe ich praktisch täglich dieses Metropol mit diesen gelben Bretterfassaden und ich habe mir wirklich schon oftmals gewünscht, dass hier irgendetwas geht. Aktuell haben wir die Chance, hier ein Zeichen zu setzen und etwas Modernes, etwas Vorzügliches zu genehmigen,

was offenbar auch die Jugend begrüßen würde. Zudem entstünden auch Arbeitsplätze beim angesprochenen Gewerbe und auch Arbeit für Lieferanten, welche diese Restaurants und das Hotel beliefern. Insgesamt sicher 5 Punkte, die hier in diesem Plenum regelmässig diskutiert werden, welche mit diesem Riva-Projekt aufgewertet würden. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass diese erwähnten 5 Themen hier im Parlament Dauerthemen sind. Deshalb wäre es aus meiner Sicht eine verpasste Chance oder sogar ein nachhaltiger Fehler, wenn wir anstelle des Rivas eine dieser vorgestellten Alternativbauten realisieren würden. Arbon lebt unter anderem von seiner Seeuferzone, und zwar nicht nur von den Menschen, die auf den Schiffen das Ortsbild bestaunen, sondern auch von denjenigen Menschen, die hier in der Stadt leben oder in ihrer Freizeit Arbon besuchen und hier ihre Ferien verbringen. Deshalb bitte ich Sie, diese Chance zu nutzen und der Bevölkerung ein Ja zu empfehlen. Schlussendlich profitieren alle Arbonerinnen und Arboner davon.

Lukas Auer, SP/Grüne: Ich nehme Sie kurz mit in die Vergangenheit. Im Schnitt hatten wir im Hotel Metropol 80 Portionen Knusperli mit Pommes, 20 Portionen Roastbeef und 40 Portionen Fitnesssteller an einem schönen, etwas heisseren Tag. Die Küche befand sich im 2. Stock und so schlossen wir jeden Morgen eine Wette ab, wie lange der Speiselift funktioniert. Leider fiel er kurz nach dem Mittagsservice aus und wir durften immer die Treppe nach unten nehmen, um dem Gast die Speisen zu bringen. Das passierte x-mal. Ich durfte zwei Jahre in diesem schönen Hotel in der Küche arbeiten. Damals bauten wir eine emotionale Bindung zum Metropol auf, das war vor etwa 10 Jahren. Ich machte mich damals in der ersten IG Pro Metropol stark, dann haben wir verloren. Also ist es jetzt das Ziel, dass wir das Beste herausholen. Was wir jetzt jeden Tag sehen, ist peinlich und entwürdigend für das damals schöne Metropol. Es ist zugebrettert, jetzt nicht mehr mit gelben Brettern, sondern mit verschiedenen Fotos, verwuchert und da war einstmals eines der bekanntesten und schönsten Hotels am Seeufer. Leider ist es jetzt ein Schandfleck und das tut nicht nur mir weh, sondern ich denke, das tut uns allen weh. Wenn wir das Projekt jetzt nicht unterstützen, wird da nichts passieren. Es wird etwas nicht so Schönes hingestellt, es wird allenfalls noch länger dauern und wir haben in Arbon wieder einen Schandfleck, wieder negative Presse, wieder negative Publicity. Wie Matthias Schawalder vorhin erwähnt hat, setzen wir uns in jeder Fraktionssitzung, in jeder Stadtparlamentssitzung bei jedem politischen Interesse dafür ein, Arbon weiterzubringen. Ich habe eure Wahlunterlagen angeschaut, praktisch jeder zweite hat das irgendwie kurz erwähnt. Jetzt haben wir endlich die Möglichkeit, etwas zu beenden, was zum Teil unsere Vorgänger hätten machen können, es damals aber nicht gemacht haben, und jetzt müssen wir es ausbaden. Ich möchte meine Kinder, wenn sie dann einmal ein bisschen älter sind, nicht immer noch das zugemauerte Metropol sehen lassen. Wir müssen jetzt halt einfach sagen, es ist so, wir beissen in den sauren Apfel und dann haben wir halt zwei dieser Türme. Der Grossteil unserer Fraktion hat diese Meinung. Wir sehen es ein bisschen anders als die Minderheit in unserer Fraktion, die dagegen ist. Es werden Arbeitsplätze in Arbon geschaffen, es wird Leben in Arbon geschaffen, es wird auch wieder eine Gastronomie geben. Und ich bin überzeugt oder ich hoffe, dass wir in 10 Jahren uns alle nicht selbst verfluchen, wenn wir dieses Projekt bekämpft oder sogar abgelehnt haben. Jetzt nutzen wir doch die Chance und schauen gemeinsam für ein attraktives Arbon, für mehr Nutzen und für nicht noch mehr Schandtaten und Schandtage für das ehemalige schöne Hotel. Ich bitte Sie, wie die grosse Mehrheit unserer Fraktion den Gestaltungsplan Riva anzunehmen.

Michael Hug, Die Mitte/EVP: Ich erlaube mir, einen Leserbrief der Arboner Architekten Stefan De Lazzer, Andreas Brüscheiler, Feliciano Gervasi und mir zu zitieren. «Das Projekt Riva basiert auf einer frühzeitigen Zusammenarbeit zwischen Grundeigentümern, Planern, Behörden und Amtsstellen. Das von der Wettbewerbsjury mit dem 1. Rang ausgezeichnete Projekt Riva setzte die Vorgaben der Stadtbehörden in 2012 um. Durch gute Gebäudeproportionen fügt sich dieses prämierte Projekt städtebaulich optimal ohne Konkurrenz zur Altstadt ins Stadtbild ein, bildet einen akzentuierten Übergang von den südlicheren Neubauten zum geplanten Neubau Stadthof und zur bewegten Altstadtsilhouette mit Kirche, Schloss und Schädler-Turm. Die Platzierung des Gebäudes ermöglicht nahezu 100 Prozent öffentlichen Zugang. Der Fussabdruck wird wesentlich kleiner als jener des Metropol. Der öffentlich zugängliche Grünraum wird erweitert und mit den städtischen Liegenschaften Fenster zum See vernetzt. Keine Abgrenzung von öffentlichem und

privatem Grund, die Gastronomienutzung im Erdgeschoss mit Restaurant, Bar, integriertem Saal und seeseitiger Terrasse wird der attraktiven Seelage gerecht. Die Verdichtung in der Höhe vermeidet eine Regelwirkung entlang der Bahnhofstrasse. Durch die Staffelung der Hochbauten erzielt das Projekt eine Transparenz. Hotelzimmer und Wohnungen weisen eine mehrseitige Ausrichtung mit Seesicht auf. Mit Gastronomie, Hotel und Wohnnutzung wird das Riva eine Eingangsporte von Süden, ein neuer Orientierungspunkt wie vormals Hotel Baer und Metropol. Ein öffentlicher Ort mit Identität und Qualität. Die Chance für Arbon, ein beliebter Treffpunkt für alle Generationen, wirklich ein gesellschaftlicher Mehrwert. Darum Ja vom Metropol zum Riva.»

Riquet Heller, FDP/XMV: Dieses Bauprojekt beruht auf einem Gestaltungsplan, deshalb kann man dort so bauen. Was ist ein Gestaltungsplan? Mit einem Gestaltungsplan kann von der Regelbauweise abgewichen werden, dies nicht nur zum Vorteil der Öffentlichkeit, was in der Regel mit einem Nachteil für die Bauherrschaft verbunden ist, sondern auch zum Vorteil der Bauherrschaft, womit die Öffentlichkeit dieser eine bessere Ausnutzung des privaten Grundeigentums zugesteht. Zwischen diesen beiden Komponenten der Abweichungen von der Regelbauweise zum Vorteil der Öffentlichkeit oder zum Vorteil der privaten Bauherrschaft hat ein gewisses Gleichgewicht zu herrschen. Es ist vertragsähnlich. Man kann von einer Bauherrschaft nicht nur Zusatzleistungen für die Öffentlichkeit verlangen und ihr dafür nichts bieten. Genau vor dieser Situation stehen wir beim Riva. Folgende Punkte sind auf dem Feld verlangt:

1. Dass sie einen Architekturwettbewerb durchführe, dass der gute Geschmack durchdringe. Die Bauherrschaft ist dieser Forderung nachgekommen, gewonnen hat das jetzige Projekt.
2. Wir haben von der Bauherrschaft verlangt, sie solle nicht so nahe an den See bauen, wie sie dies gemäss Regelbauweise hätte tun dürfen, sondern ihre Baute zurückversetzen und parterre die Öffentlichkeit zirkulieren lassen, namentlich keinen Zaun an der Grundstücksgrenze zu erstellen wie bei den bereits gebauten Wohnhäusern. Das hat sie gemacht.
3. Die Stadt hat von der Bauherrschaft verlangt, parterre soll ein Restaurant her, mit einem Gesellschaftssaal soll es sein. Hat sie gemacht.
4. Man hat von der Stadt bei der Bauherrschaft moniert, Hotelzimmer sollen her. Die Bauherrschaft baut günstige Hotelzimmer ennet dem Bahnhof und einige teurere in den Stockwerken über dem Restaurant und dem Gesellschaftssaal.
5. Nebst dem Fenster zum See soll es weitere Fussgängerdurchgänge zum See geben, so etwa entlang der Liegenschaft Dr. Schmid. Hat die Bauherrschaft gemacht. Das müsste sie eigentlich nicht.
6. Man solle doch die Abfahrtsrampe zur Tiefgarage des Rivas mitbenützen dürfen, falls wir, die Stadt, die dereinst unter dem Fenster zum See – ein Schandfleck der Stadt, sehen Sie sich einmal das Fenster zum See an, so etwas Grüsiges – eine Tiefgarage bauen möchte. Die Bauherrschaft macht das und lässt zu, dass wir diese Rampe, das ist wahrscheinlich ein teures Ding, was auch Raum braucht, mitbenützen dürfen.
7. Der nächste Punkt, den wir von der Bauherrschaft abverlangt haben, ist die schöne Kastanienallee, unsere Seufzerallee von der Aachmündung bis hinauf zum Metropol. Diese soll verlängert werden bis zum Bärensteg. Und die Bauherrschaft soll bitte noch auf die Dienstbarkeit verzichten, die ihr freie Sicht auf den See zusichert. Man darf dort keine Bäume hinstellen, weil eine Dienstbarkeit besteht aufgrund des ehemaligen Grundeigentümers, dem vor seinem Boden aufgefüllt wurde, und er hat verlangt, dass wenigstens dort keine Bäume hinkommen. Wir können Bäume pflanzen, die Bauherrschaft des Rivas hat darauf verzichtet und ist uns entgegengekommen. Ja, ihr könnt die Seufzerallee erweitern und wir blicken dann halt in die Bäume, das ist ja auch schön. Erinnern Sie sich noch an den Kampf von Erika Willi weiter hinten, als sie einige Bäume umlegen wollten, um ein bisschen bessere Sicht zu haben? Und jetzt können wir diese alle erweitern, dies dank Riva.
8. Pünktchen auf dem I, das wir verlangt haben: Die Bauherrschaft soll noch mit einem Ballon die geplanten Häuser in der Höhe markieren. Auch diesen Handstand hat die Bauherrschaft einem dressierten Hündchen gleich für uns gemacht.

Und was geben wir ihr, der HRS dafür? Möglichst nichts. Sie soll alles gratis liefern und wir liefern gar nichts. Die Bauherrschaft soll bitte nicht höher bauen. Das ist der Punkt, wo eingegriffen wird. Die Bauhöhe sei der Punkt, den man noch zugunsten der Öffentlichkeit ändern soll. Was verlangen wir denn alles von HRS? Wollen wir sie weghaben? Sind wir unzufrieden mit ihr? Ich meine, die Bauherrschaft sei gar nicht so schlecht. Wir fordern und fordern bloss und sind nicht bereit zu geben. So nicht. Auch gegenüber einer Gemeinschaft von Bauentwicklungsingenieuren und Architekten gibt es Fairness und es gilt der Grundsatz von Treu und Glauben. Auch für die Stadt und auch für eine Demokratie. Dass die HRS bei einem wenig engagierten, lieblosen Alternativkäseblockprojekt nichts mehr von einem Gestaltungsplan in Zusammenarbeit mit Arbon wissen will und einfach auf der Regelbauweise besteht, verstehe ich. Ich bitte Sie, dem Bauprojekt zuzustimmen und der Bevölkerung eine entsprechende Empfehlung abzugeben.

Cyrril Stadler, FDP/XMV: Um über das Geschäft Gestaltungsplan Riva debattieren zu können, muss man in der Tat etwas zurückblicken. Riquet hat das mit seinen erweiterten 8 Punkten bereits getan, 6 Punkte hat der damalige Stadtrat 2011 bereits eingebracht, als er beim Verkauf der Parzelle Metropol von der Migros an die HRS reagiert und gesagt hat: Stopp, hier müssen wir eingreifen und eine Planungszone über dieses Gebiet erlassen. Ich bin auch heute noch der Meinung, das war ein cleverer Schritt vom damaligen Stadtrat. Man hat nämlich die Gunst der Zeit erkannt und gesagt, jetzt müssen wir für Arbon mehr erreichen als eine weitere Wohnbausiedlung, wie wir sie heute bereits vom ehemaligen Jumbo bis zu den schräg gestellten Häusern und den beiden Häusern am See kennen, und da etwas Weiteres herausholen, nämlich ein Restaurant, einen Saal, eine Bar und öffentliche Zone, wo man sich begegnen kann. Die Punkte haben wir bereits mehrfach gehört. Der Bauherr ist, wie es auch Riquet erwähnt hat, auf dieses Anliegen eingetreten und hat einen Projektwettbewerb gemacht. Ich kann mich daran erinnern, die FDP hat zusammen mit dem Hauseigentümerverband Region Arbon 2015 hier in diesem Saal eine Veranstaltung gemacht, da hat man alle eingereichten Projekte ausgestellt, es waren 11 an der Zahl, und das Siegerprojekt Riva hatte städtebaulich einfach die besten Qualitäten aus allen diesen eingereichten Projekten. Es gab Widerstand auch gegen dieses Siegerprojekt und später hat ein runder Tisch stattgefunden unter Beizug des Kantons, der Generalsekretär des DBU hat diesen runden Tisch geleitet. Ausfluss aus diesem runden Tisch war die Erkenntnis, dass das Bauprojekt Riva eine hohe Baukultur aufweist und dass es eben städtebauliche Vorzüge mit sich bringt. Der Runde Tisch hat auch anerkannt, dass es eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung des Gestaltungsplans ist, indem auch der Inhalt von ISOS von den zuständigen Fragestellungen begründet werden kann. Das hat in der Zwischenzeit stattgefunden und der Gestaltungsplan Riva liegt nun vor, wir können ihn in diesem Rat behandeln.

Ich möchte nochmals ganz kurz zurückblicken auf die Alternative und vielleicht die Verknüpfung nochmals verstärken. Wenn man etwas Zusätzliches will, muss man etwas Zusätzliches geben und ich glaube, das haben wir. Mit diesen zusätzlichen Höhenmetern, die wir dem Riva zugestehen, erreichen wir, dass wir für die Bevölkerung von Arbon eben viel erreichen. Städtebaulich bin ich überzeugt, ist Riva das beste Projekt aus diesem Projektwettbewerb und es ist für Arbon wegweisend und etwas Neues. ISOS haben wir vielfach gehört und viel diskutiert. Ja, es ist so, ISOS, das Inventar schützenswerter Ortsbilder, der Schweiz sähe am liebsten für diese Umgebungszone, es ist ja nicht in der Kernzone des schützenswerten Ortsbilds, sondern es ist eine Umgebungszone, eine Wiese und keine Bauten. Es ist aber so, dass auf dieser Grundstücksfläche bereits ein Bau steht und den kann man nicht einfach wegdiskutieren und wegbauen. Das würde die Stadt sehr viel Geld kosten und ich glaube, die öffentliche Nutzung, das Leben am See würde durch eine weitere Wiese am See, wie wir sie an den Quaianlagen haben, auch nicht unbedingt nur gewinnen. In diesem Sinn bitte ich Sie, dem Gestaltungsplan Riva zuzustimmen und in einem entsprechenden Antrag an die Bevölkerung das ebenfalls zu tun.

Heidi Heine, SP/Grüne: Ich bedanke mich bei der Kommission, welche zum Riva gute Arbeit geleistet hat und auch noch einige längst fällige Versäumnisse zur Sprache gebracht hat. Dass ich persönlich kein Fan von dieser für mich sehr unsensiblen Architektur am See bin, dass ich aber auch Verfechterin einer Verdichtung bin, aber eben im Gesamtkontext dieses Werk 2, dass

man die Stadtentwicklung als Ganzes betrachten muss, habe ich ja schon beim Stadthof eingehend begründet. Arbon bekommt mit dem Riva die Wahl zwischen einem Bau, welcher die Bevölkerung langfristig spaltet und einer Alternative, die keine ist. Wie anders klingen da die Worte von Dr. Damian Jerjen (Direktor von Espace Suisse), der fordert: «Keine Verdichtung ohne echte Partizipation.» Statt einem wirklich partizipativen Verfahren von Anfang an dürfen wir heute hier im Parlament zwischen der Spaltung der Bevölkerung und einem für mich inakzeptablen zweiten Entwurf entscheiden, und das an einer für die gesamte Stadtentwicklung strategisch sehr wichtigen Stelle. Ich frage Sie: Was ist hier schiefgelaufen? Unsere Stadtplanung hat sich in der Vergangenheit auch dafür eingesetzt, dass einzelne Investoren in einseitigem Mass bevorteilt werden, während die Infrastrukturkosten dieser Verdichtung der Allgemeinheit überlassen bleiben. Können wir uns als Stadt mit einem grossen Investitionsstau das wirklich leisten? Besonders stossend empfinde ich, dass sich die Stadt Arbon betreffend Mehrwertabgabe, aus welcher bei so einem grossen Bauvorhaben wie dem Riva sicher mehr als CHF 1 Mio. für Infrastrukturen für die Bevölkerung resultieren müssten, gegen geltendes Bundesrecht. Und bitte liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtrat und aus der Finanzkommission, schieben Sie diese Verantwortung nicht wieder an den Kanton ab. Ja, der Kanton sollte sich auch an Bundesrecht halten. Wenn er es aber nicht tut, sind Gemeinden wie Arbon nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, über die kantonale Regelung hinaus Mehrwertabgaben auch bei wesentlichen Um- und Aufzonungen zu erheben und damit den vom Kanton nicht erfüllten Teil des Gesetzgebungsauftrags ihrerseits zu erfüllen. Das wurde in einem Urteil vom 2. April 2022 so bestätigt, und dies nochmals. Das Bundesgericht kam in diesem besagten Urteil im Rahmen einer abstrakten Normenkontrolle über die Mehrwertabgabe zum Schluss, dass ein Verzicht auf Mehrwertabgaben bei Um- und Aufzonungen gegen das Raumplanungsgesetz des RPG verstösst und damit eben bundesrechtswidrig ist.

Die gesplante Bevölkerung zu diesem Projekt muss uns hier im Parlament aufhorchen lassen. Ihre Stimmen sollten wir hier im Parlament ernst nehmen. Ich persönlich kann unter den genannten Umständen dem Projekt nicht zustimmen.

Silke Sutter Heer, FDP/XMV: Zuerst vielen Dank für das warme Willkommen, es ist schön, wieder hier zu sein. Dank auch an die Kommission und ihren Präsidenten für die fundierte Arbeit und die wirklich fundierte Ausleuchtung von Pro und Contra, die ich sehr geschätzt habe. Das lateinische Sprichwort *de gustibus non est disputandum* gilt auch hier und heisst frei übersetzt: Über Geschmack lässt sich streiten oder eben besser nicht. Deshalb kann ich nur für mich sprechen, wenn ich heute sage, mir gefällt das Projekt Riva, mir hat es immer gefallen. Mir hat es vor 10 Jahren, als ich es das erste Mal gesehen habe, schon gefallen und das ist bis heute so. Die hohen Häuser, die viel Raum und Luft rundherum lassen, die sehr modern wirken, wirken für mich schön, die sind gut für Arbon. So viel zur Geschmacksfrage, über die wir eigentlich heute nicht diskutieren müssen.

Und dann das, was zu diskutieren ist: Nämlich wenn mir das Projekt Riva nicht gefällt oder ich mich der Einschätzung anschliessen möchte, dass dort eben keine Hochhäuser hingehören, was dann? Was steht dann im Zentrum? Und hier schliesse ich mich gern dem Kommissionspräsidenten und der Kommission an, die gesagt hat, dass man mit Fug und Recht sagen kann und zum Schluss kommen kann, dass Riva für Arbon und für seine Bevölkerung viele Vorteile mit sich bringt. An erster Stelle, und ich glaube, das muss wirklich im Zentrum stehen, steht der Nutzen für die Öffentlichkeit, der meines Erachtens weit über persönlichem Geschmack und persönlichen Empfindungen stehen muss. Und das ist die öffentliche Zugänglichkeit, um die es tatsächlich im Zentrum dieser Frage geht. Es soll ein Restaurant kommen, es soll eine Bar kommen, Riquet Heller hat es herausgeschält, was alles an Mehrwert geschaffen wird für Arbon. In diesem Restaurant können Hochzeiten gefeiert werden, es können Taufen gefeiert werden, es gibt Familienfeste und vieles mehr, was immer Ihr Herz begehrt. Und dann an dieser schönen Lage. Mir war das vorher gar nicht so bewusst. Man redet heute immer davon, dass das Seeufer bespielt werden soll. Ja, aber das ist immer nur im Sommer, nur in den Sommermonaten. Riva bietet dann auch die Möglichkeit, dass man wieder einmal im Winter, in diesen zauberhaften Momenten, die auch Herbst und Winter bieten, im Restaurant sitzen und auf den See schauen kann. Das ist

etwas, was vergessen geht. Dann ist es auch ein Treffpunkt für Jung und Alt. Gerade junge Menschen sprechen mich darauf an, dass sie es vermissen würden, dass dort kein Treffpunkt mehr bestehen würde. Das ist es heute natürlich mit der Veranda, aber die Veranda gibt es nur im Spätfrühling und im Sommer, Riva wäre das ganze Jahr. Vorhin wurden die Hotelzimmer angesprochen, es müssen andere Hotelzimmer geplant werden. Da bin ich anderer Meinung. Hinten mit dem B-Smart gibt es günstigere Hotelzimmer. Es gibt auch Kunden, die den Wunsch haben, am See ein Zimmer mieten zu können. Es gibt sehr wenig Hotelzimmer rund um den Bodensee direkt am See mit Aussicht auf den See. Wer liebt das nicht? Wir sind eine Stadt am See, wie schön, wenn wir Hotelzimmer direkt am See anbieten können. Das sehe ich absolut nicht als Nachteil, sondern als absoluten Vorteil für eine Stadt wie Arbon.

Es ist klar, das hat sich heute bei allen gezeigt, kein Gestaltungsplan Riva, kein Riva. Und die Kommission hat es sehr zurückhaltend formuliert. Ich glaube, ich darf es dezidiert sagen. Es ist eine verpasste Chance für Arbon, und zwar auf Generationen. Es ist ein Rad, das wir nicht zurückdrehen können, wenn wir Nein sagen. Es gibt keine zweite Chance. Und wenn heute gesagt wird, mir gefällt das Alternativprojekt, dann ist das so wenig wichtig, wie ob Ihnen Riva gefällt oder nicht. Das Alternativprojekt bietet all das, nämlich diesen öffentlichen Zugang, diesen Mehrnutzen für alle Generationen in Arbon schlicht und einfach nicht. Deshalb bitte ich Sie, dem Gestaltungsplan Riva zuzustimmen.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Ich denke, viel gibt es nicht mehr zu sagen, es wurde sehr umfangreich debattiert. Ich erlaube mir noch zwei oder drei Präzisierungen. Ich erlaube mir eine Bemerkung zur Mehrwertabgabe und ich erlaube mir das deshalb, weil ich im Kantonsrat eine Motion eingegeben habe, diese wird in zwei Wochen behandelt, wo eine Gesetzesänderung angedacht wird. Fakt ist heute, es ist im Planungs- und Baugesetz (PBG) geregelt, wird aber nach Steuergesetz erhoben. Das heisst, die Veranlagung für die Mehrwertabgabe erfolgt heute nach Steuerrecht. Und es ist heute mindestens im Thurgau nach dem Thurgauer Gesetz so, dass die Mehrwertabgabe fällig wird, wenn man von öffentlicher Zone in Bauzone wandelt oder von der Landwirtschaftszone in Bauzone. Ich möchte nicht sagen, ob das richtig oder falsch ist, aber bei einer Aufzonung im normalen Rahmen von W2 in W3 zum Beispiel findet das heute nicht statt. Das wird zwar diskutiert, aber heute haben wir keine gesetzliche Grundlage im Thurgau, da etwas zu machen.

Dann zur Befangenheit von Dominik Diezi: Das trifft uns in Arbon im Moment leider hart, dass er unser Regierungsrat ist, denn jeder Entscheid, egal ob Gestaltungsplan oder was auch immer, geht heute automatisch zum Departement für Inneres und Volkswirtschaft, weil er da im Ausstand steht. Wir haben gerade heute so ein Schreiben bekommen, da warten wir auf einen Entscheid, jetzt wird er ans DIV geschickt und es dauert leider nochmals zwei Monate länger.

Dann noch eine letzte Bemerkung: Ich möchte damit nicht sagen, ISOS ist nichts wert oder sei schlecht, auch die ENHK nicht, aber man muss das schon ins richtige Licht rücken. Es ist ein Inventar. Ein Hinweisinventar ist nicht parzellenscharf und bezieht sich nicht auf einzelne Objekte. Und wie es bereits erwähnt wurde, die heutige Metropolparzelle liegt in der Umgebungszone I, diese reicht weit vom Wöschplatz bis hin zum Haus am See. Das Haus am See liegt auch in dieser Zone und wurde gebaut, dies einfach als Randbemerkung. Ich sage nicht, dass man das nicht diskutieren kann, aber schwarz-weiss gibt es in diesem Fall leider nicht. In einem Fall haben wir gegen die SBB geklagt, haben uns auf ISOS berufen und haben vor Bundesgericht leider nicht Recht bekommen. Heute steht leider eine Sendeanenne der SBB in Sichtweite des Klosters Münsterlingen. Man sieht, es ist nicht schwarz-weiss, aber es ist auch nicht zu vernachlässigen. Ganz klar, man muss es berücksichtigen, aber es ist kein Gesetz.

Das alles führt zu einer umfangreichen Interessenabwägung, die der Stadtrat in den letzten Jahren zigmal gemacht hat. Und er kommt zum Schluss, dass der Gestaltungsplan unterstützenswert ist und empfiehlt diesen zur Annahme.

Abstimmung

Der Antrag der Kommission und des Stadtrats wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen angenommen.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Ich habe es bereits in meiner Eröffnungsrede erwähnt, es ist mir ein Anliegen und das Anliegen teile ich mit dem Stadtrat, dass wir die beiden Geschäfte Gestaltungsplan Riva und Ortsplanungsrevision strikt trennen möchten. Deshalb trennen wir sie jetzt auch physisch, indem wir eine Pause einlegen.

3. Ortsplanungsrevision Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Das vorliegende Geschäft ist im Ganzen zu beraten. In der materiellen Beratung können Fragen gestellt werden. Mit der Schlussabstimmung gibt das Parlament eine Empfehlung zur Volksabstimmung ab. Für die Vorbereitung dieses Geschäfts wurde eine vorberatende Kommission eingesetzt. Gemäss Art. 34 Abs. 1 des Geschäftsreglements hat zuerst der Präsident der vorberatenden Kommission das Wort.

Cyrell Stadler, FDP/XMV, Präsident vorberatende Kommission: Der Stadtrat hat mit seiner Botschaft vom 22. August 2022 diesen Rat eingeladen, die Ortsplanungsrevision, bestehend aus Zonenplan, Baureglement inklusive Konzept zur Anordnung von höheren Häusern und Hochhäusern zu beraten. Die Änderungen des Zonenplans und des Baureglements müssen gemäss Gemeindeordnung Art. 7 Abs. 2 den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet werden. Der Stadtrat bittet uns, dem Stimmvolk die Annahme zu empfehlen. Dies ist es, was wir heute als Rat entscheiden müssen. A: Stimmen wir der Revision des Zonenplans und des Baureglements zu und B: Empfehlen wir dies dem Stimmvolk zur Annahme?

Die Kommission hat sich über Grundsatzfragen unterhalten und sich dafür entschieden, die verschiedenen Komponenten einzeln zu beraten und eine Schlussabstimmung über die Abstimmungsempfehlungen abzuhalten. Nach Auskunft des Stadtrats und der Verwaltung wäre zwar eine Rückweisung an den Stadtrat möglich. Einzelne Teile abzuändern wäre laut den rechtlichen Abklärungen des Stadtrats nur über diesen Rückweisungsantrag und diesen Rückweisungsweg möglich. Der Stadtrat müsste dann die Änderungen vornehmen und eine Änderungsvorlage auflegen auf welche wiederum Einsprachen eingehen könnten.

Rahmennutzungspläne, bestehend aus dem Zonenplan und Baureglement, werden im übergeordneten Planungs- und Baugesetz des Kantons als Einheit angesehen. Das ist in Art. 4 des Planungs- und Baugesetzes des Kantons geregelt. Sie können dem Parlament zwar delegiert werden, sind aber in unserer Gemeindeordnung explizit als Geschäft ausgewiesen, das dem Stimmvolk vorgelegt werden muss. Der Stadtrat hat diese, wie es auch im Planungs- und Baugesetz vorgesehen ist, öffentlich aufgelegt (Art. 29 Planungs- und Baugesetz) und über die Einsprachen entschieden (Art. 31 Planungs- und Baugesetz).

Wenn wir nun als Parlament die Botschaft, bestehend aus den bereits erwähnten Komponenten ändern würden, so hätte dies eine erneute Auflage zur Folge. Die Ortsplanungsrevision würde also nochmals eine Zusatzschleife nehmen. Intensiv diskutiert hat die Kommission das ins Baureglement eingeschobene Konzept für die Anordnung von höheren Häusern und Hochhäusern. Im neuen Baureglement sind das Art. 37 und Art. 38. Dieses Konzept beschreibt keine Zone im herkömmlichen Sinn, dem Grundeigentümer erwachsen aus dem Konzept keine Pflichten, das Konzept ist als Ergänzung zum Zonenplan zu lesen. Um in den bezeichneten Gebieten höhere Häuser oder eben Hochhäuser zu erstellen, muss auch in Zukunft ein Gestaltungsplan mit Referendumsmöglichkeit aufgelegt werden. Die Grundnutzungszone bei den bezeichneten Gebieten bleibt also die Regelbauweise und ohne Gestaltungsplan kann diese auch nicht weiter ausgenützt werden. Der Kanton genehmigt im Moment ohne die revidierte Ortsplanung keine Gestaltungs-

pläne. Die Entwicklung von Arbon ist also aktuell in vielen Bereichen blockiert. Beispielhaft können sicher der Stadthof oder auch der aufgelegte Gestaltungsplan in Stachen (Mosterei Möhl) erwähnt werden. Die vorberatende Kommission empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 1 Gegenstimme, die Botschaft Ortsplanungsrevision anzunehmen und diese dem Stimmvolk zu empfehlen.

Als Kommissionspräsident danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen für die engagierte Mitarbeit in der Kommission, ich danke aber auch Nadja Holenstein für die Protokollführung an den Sitzungen und dem Stadtpräsidenten und Fabienne Egloff für die fachliche Begleitung und die Beantwortung unserer vielen eingereichten Fragen. Die Kommission ist für Eintreten.

Michael Hug, Die Mitte/EVP: Wir bedanken uns bei den eingesetzten Kommissionsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit und die Berichtverfassung. Die Ortsplanungsrevision muss jetzt durchgehen, damit wir Arbon bewegen können. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist geschlossen für das Eintreten.

Lukas Auer, SP/Grüne: Unsere Fraktion ist einstimmig für Eintreten und wird sich in der Detailberatung noch mit Voten melden.

Bill Mistura, SVP: Wir haben in der SVP-Fraktion dieses Geschäft auch diskutiert. Wir sind den Kommissionsbericht durchgegangen und auch die Fragestellungen, die sehr detailliert beantwortet wurden. Wir sind ebenfalls einstimmig für Eintreten, wir kommen nachher noch mit ein paar Details zum Geschäft zurück.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich nehme an, dass Sie alle anlässlich der stadträtlichen Orientierungsversammlung und den Fraktionssitzungen wie soeben auch darüber orientiert worden sind, dass wir, das Parlament, keinerlei Abänderungsanträge zum Baureglement, geschweige denn zum Zonenplan stellen dürfen, sondern Reglement und Zonenplan nur an den Stadtrat zurückweisen oder den Stimmberechtigten zur Annahme empfehlen können. Letzteres, das Empfehlen zur Annahme durch die Stimmberechtigten, sei dringend vorzuziehen, weil Arbon schon mehr als ein Jahrzehnt an einem neuen Baureglement mit Zonenplan arbeite und endlich ein den neuen rechtlichen Gegebenheiten auf Kantonsebene angepasstes Reglement und einen aktualisierten Zonenplan haben sollte. Dies, weil wegen eines fehlenden neuen Reglements und Zonenplans nicht nur Riva, sondern auch alle anderen Bauprojekte in Arbon blockiert seien. Warum darf man kein Jota am vorliegenden Reglement und am vorgelegten Zonenplan ändern? Weil mit allen Einsprechern, worunter namentlich allen betroffenen Grundeigentümer und sonstigen Interessierten vom Stadtrat alles bereits besprochen und beurteilt worden sei. Werden vom Parlament Änderungen beschlossen, habe dies zur Folge, dass dieses Einsprachen- und Mitwirkungsverfahren wiederholt werden müsste. Wer will das schon, nachdem wir schon über 10 Jahre auf ein neues Reglement und einen neuen Zonenplan warten und damit alles in Arbon blockieren? Lösung wäre, dass in Fällen, wo der Stadtrat zusammen mit Dritten bereits Vorarbeiten geleistet und Vereinbarungen getroffen hat und das Geschäft zwingend ist, also nicht zum Beispiel einen Verkauf oder einen Kauf eines Grundstücks betrifft, das Parlament nicht mehr zuständig wäre. Es ist sinnlos, dass wir 30 uns hier versammeln und jeder zeigt, mit wie vielen Stimmen er gewählt worden ist und darüber irgendwie diskutieren und dann doch nichts zu sagen haben. Das ist sehr frustrierend. Wir haben nur Ja und Amen zu sagen und zu applaudieren und das will ich und ich glaube Sie auch nicht. Dazu sind wir nicht da, dazu ist unsere Zeit zu wertvoll. Die demokratische Legitimation in der Form von Vorbereitung im Hinblick auf die Volksabstimmung ist ja schon aufgrund des Verfahrens des ebenfalls demokratisch gewählten Stadtrats mit den Einsprechern und sonstigen Verfahrensteilnehmern erarbeitet worden. Die demokratische Legitimation durch das Parlament ist demzufolge nicht mehr erforderlich. Was wir heute machen, sehe ich nicht so richtig ein. Zuständig wäre das Parlament demzufolge nur noch für das Baureglement, das nicht in einem Prozess mit den Betroffenen erarbeitet worden ist. In einem gewissen Sinn ist der Zonenplan dann nur noch eine Anwendung des Baureglements und der kantonalen Gesetze auf die einzelnen Baugebiete, somit eine Exekutivangelegenheit des Stadtrats und keine Sache der Legislative. Eine ähnlich frustrierende Situation haben diese Mitglieder des Parlaments schon erlebt, die im

Jahr 2014 da waren, als der Schutzplan beraten wurde. Auch dort wäre es lohnend gewesen, wenn nur der Stadtrat und nicht auch das Stadtparlament jedes einzelne Objekt, das schützenswert ist, bezeichnet hätte und das Parlament ein blosses Reglement beraten hätte, das umreisst, was ein Schutzobjekt ist, worauf der Stadtrat mit der Regierung sich auseinandersetzt, wenn nachher von den 120 Objekten, die wir als schützenswert bezeichnet haben, noch einmal etwa 100 dazu gekommen sind. Und eine Volksabstimmung war auch noch dazwischen, und alles hat der Regierungsrat wieder über den Haufen geworfen. Da möchte ich als Parlament nicht dabei sein. Streichen Sie die entsprechende Bestimmung, die uns die Legitimation gibt, diesbezüglich beratend mitzuwirken. Ich bitte den Stadtrat, die Zuständigkeit des Parlaments und auch der Stimmberechtigten in Fällen, wo der Stadtrat mit Einsprechern und sonstigen Verfahrensteilnehmern die demokratische Vorarbeit geleistet hat, zu überdenken und das entsprechende Anliegen auf die Liste der zu revidierenden Bestimmungen unserer Gemeindeordnung zu legen. Sie ersparen uns weitere Geschäfte wie das vorliegende. Hochinteressant, sehr wichtig, doch wir haben dazu nichts zu sagen, sondern haben das Geschäft durchzuwinken. Wie frustrierend. Im Übrigen: Unsere vorberatende Kommission hat realisiert, dass es zum Geschäft materiell eigentlich gar nichts zu sagen gibt. Darum hat sie keine besondere formelle Sorgfalt beim Verfassen ihres Berichts walten lassen. Ich nehme an, Sie hätten den Bericht ebenfalls wie ich durchgelesen und darauf ebenfalls wie ich, ich nehme mich da selber an der Nase, keinen besonderen Effort gemacht, besonders in die Sache einzusteigen. Es wäre eh für die Katz, man hat ja nichts zu sagen.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Wir haben das letzte Woche eingehend erörtert. Es ist tatsächlich so, wir in Arbon sind unter den Städten im Thurgau eine kleine Ausnahme. In Kreuzlingen, Weinfelden und Frauenfeld obliegt die Beratung und Verabschiedung der Ortsplanungsrevision dem Gemeinderat bzw. dem Parlament, in Arbon explizit eben nicht. Und tatsächlich ist es so, das habe ich auch geschrieben, man kann das durchaus bei der Revision der Gemeindeordnung, die praktisch im Entwurf vorliegt, prüfen.

Der Stadtrat möchte darauf hinweisen, dass diese Vorlage für Arbon richtungsweisend und für die Entwicklung von Arbon in der Zukunft sehr wichtig ist. Würde das jetzt scheitern, würden wir meiner Meinung nach ein grosses Stück zurückgeworfen. Darum ist es für uns ein grosses Anliegen, dass man das mit Sorgfalt diskutiert und der Bevölkerung empfiehlt. Wir sind natürlich für Eintreten.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Ich stelle fest, Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Cornelia Wetzel Togni, SP/Grüne: An erster Stelle vielen Dank Cyrill Stadler für die hervorragende präsidiale Arbeit in der Kommission, auch meinen Kolleginnen und Kollegen sowie Nadja Holenstein und Fabienne Egloff für ihre Beratung, und natürlich auch Stadtpräsident René Walther. Aus meiner Sicht als Grüne spricht im Bereich des Naturschutzes einiges für die Überlegungen in der Ortsplanungsrevision. So wird zum Beispiel im Baureglement unter Art. 43 festgelegt, dass Flachdächer extensiv zu begrünen seien ausser den Flächen, die zur energetischen Nutzung benützt werden. Weiter heisst es, die Umgebung ist naturnah mit einheimischen Sträuchern und Bäumen zu bepflanzen gemäss Art. 51. Art. 58 befasst sich sogar mit unnötiger Lichtemission im Aussenbereich. Der grosse Grenzabstand für Bauten fällt weg, es gilt allseitig der kleine Grenzabstand von 4 Metern bzw. 5 Metern. In Art. 27 wird festgelegt, dass für hochstämmige Bäume ein Grenzabstand von 5 Metern gilt. Es gibt jedoch keine Einschränkung mehr in der Höhe. Ich finde es erfreulich, dass Bäume in die Höhe wachsen dürfen. Das bedeutet jedoch, dass bereits in der Planung der Pflanzung hochstämmiger Bäume berücksichtigt werden muss, sowohl im Abstand zu den Bauten, zur Grenze und beim entsprechenden Untergrund Sorgfalt walten zu lassen. Denn die Problematik, dass durch die Verdichtung immer mehr Bäume unter Druck geraten, haben 2021 59 Kantonsräte in einer Motion anerkannt. Etliche Zonen unterliegen erneuter Gestaltungsplanpflicht. Damit hätte der Stadtrat ein Instrument zur Hand, möglichst viele hochstämmige Bäume pflanzen zu lassen, welche nachgewiesenermassen zur Abkühlung der

Städte beitragen. Erfreulicherweise wird in Seemoosriet vorgelagert der ganze Bereich als Naturschutzzone/Gewässer ausgeschieden. So wird ermöglicht, dass diese sensible Zone von Störungen durch paddelnde und schwimmende Menschen verschont bleibt und die wichtige Naturzone für Pflanzen und Tiere geschützt bleibt. Anders verhält es sich mit dem Naturschutzgebiet Seemoosriet. Dieses wurde auf Geheiss des Kantons als Wald erfasst und erscheint im Zonenplan folgerichtig als Wald. Das wirft Fragen zum Schutz dieses speziellen Waldes auf. Laut der Auskunft von Fabienne Egloff gibt es in absehbarer Zeit keine überlagernde Zone Naturschutz. Somit wäre dieser Bereich einfach nur ein Wald und wieder betretbar. Der wichtige Schutz dieses Gebiets einer Altholzinsel wäre derzeit gefährdet. Es stellt sich die Frage, wie der Altholzwald Seemoosriet geschützt werden kann.

Die Zonenpläne sind betreffend Verdichtung über weite Teile nachvollziehbar, ja sogar wenn es meine direkte Nachbarschaft betrifft und ich zukünftig mit Nachbarhäusern bis zu 30 Metern Höhe rechnen muss, kann ich die Verdichtung nachvollziehen. Denn die Bauten stehen in der Nähe von Schulen, von Bus- und Bahnverbindungen und haben keinen direkten Bezug zum See.

Bei der Strausswiese wurde eine starke Verdichtung geplant, die an der Hauptstrasse das Gewerbe ansiedeln soll und auf dem Rest des Gebiets dem Wohnen ausgeschieden wird. Hier hat man es meiner Ansicht nach verpasst, das Gebiet weiterzugestalten. Gerade hinsichtlich seiner Lage wäre im nordöstlichen Teil ein Gebiet für Camping bzw. Stellplätze, an denen es offensichtlich mangelt, wünschenswert gewesen.

Nicht nachvollziehen kann ich die Verdichtung beim Metropolareal. Das Metropolareal wird der Kernzone zugeführt und mit dem Konzept Höhere Häuser und Hochhäuser sollen darauf zwei Hochhäuser zu stehen kommen. Bei der Debatte zum Gestaltungsplan habe ich dargelegt, wieso ich am Seeufer keine Hochhäuser gebaut haben möchte. Das Konzept Höhere Häuser und Hochhäuser ist Bestandteil des Baureglements und somit Teil der Ortsplanungsrevision. Der Broschüre der Stadt ist zu entnehmen, dass das Konzept Höhere Häuser und Hochhäuser die rechtliche Möglichkeit für solche Bautypen auf verträglichen Standorten schafft. Das heisst im Umkehrfall, wer diese rechtliche Möglichkeit nicht gewähren will, weil der Standort nicht verträglich erscheint, muss das Konzept für Höhere Häuser und Hochhäuser ablehnen. Der Einwand, mit der Gestaltungsplanpflicht auf dem Gebiet der Hochhäuser und dem Referendumsrecht habe die Bevölkerung jederzeit die Möglichkeit, Hochhäuser zu verhindern, geht an der politischen Realität vorbei. Das Referendumsrecht ist fakultativ. Das heisst, es müssen zuerst Unterschriften gesammelt werden. Nach aktuellem Recht über 800, nach der Überarbeitung der Gemeindeordnung dann vielleicht nur noch 400. Das ist keine einfache Sache, wenn wie beim Gestaltungsplan Riva der Stadtrat die Vorlage während der Adventszeit oder in der Ferienzeit auflegt. Wenn die IG Seeufer ohne Hochhäuser nicht bereits gut organisiert gewesen wäre, wäre das Referendum gegen den Gestaltungsplan Riva nicht zustande gekommen. Viele Arbonerinnen und Arboner lehnen Hochhäuser am Seeufer grundsätzlich ab und wollen nicht jedes Mal zum Unterschriftensammeln gezwungen werden, denn folgendes Szenario ist durchaus denkbar: Bei der Urnenabstimmung am 18. Juni wird der Gestaltungsplan Riva knapp abgelehnt, aber der Ortsplanungsrevision zugestimmt. Dann sagen Stadtrat und HRS, das Riva sei wohl wegen der Höhe von 43 Metern abgelehnt worden. Sie seien nun einsichtig und kompromissbereit und legen ein neues Projekt vor, das etwas weniger hoch sei, so zum Beispiel 35 Meter. Aber auch 35 Meter hohe Gebäude wären an diesem Ort völlig deplatziert. Aber der Gegnerschaft des neuen Projekts wird dann vorgeworfen, sie sei stur und zu keinen Kompromissen bereit. Entsprechend schwierig würde die Unterschriftensammlung und erst recht die Abstimmung.

Vor Jahren hat der damalige Stadtrat die fertige Nutzungsplanung nicht zur Abstimmung gebracht. Ich möchte einfach festhalten, dass der jetzige Druck, die Ortsplanungsrevision durchzubringen, in weiten Teilen mit jener Fehlentscheidung zu tun hat.

Ich habe mich wirklich ausgiebig mit der Frage auseinandergesetzt, wie man verhindern kann, dass all die wichtigen Projekte der Ortsplanungsrevision nicht in Gefahr geraten. Eine Überlegung dazu: Würde der Stadtrat über Riva vor der Ortsplanungsrevision abstimmen lassen, wäre sie

weniger in Gefahr, denn würde der Gestaltungsplan Riva von einer Mehrheit der Bevölkerung angenommen, bestünde für diesen Bevölkerungsanteil kein Anlass, die Ortsplanungsrevision wegen des Rivas abzulehnen. Also bestünde schon mal eine 50/50-Chance. Warum man diese Chance vergibt, verstehe ich nicht. Peter Künzi hat vorhin so schön gesagt, man solle beide Geschäfte strikt trennen, und in Anbetracht der Broschüre der Ortsplanungsrevision mache ich hier ein grosses Fragezeichen und kommen mir grosse Zweifel, wenn der Stadtrat auf der eigenen Broschüre Ortsplanungsrevision bereits die Türme Riva eingezeichnet hat.

Aus den genannten Gründen muss ich die Ortsplanungsrevision bedauerlicherweise zur Ablehnung empfehlen.

Michael Hug, Die Mitte/EVP: In der Kommission und in der Fraktion wurde sehr viel sehr intensiv diskutiert mit dem Ergebnis, es wurde ganz vieles richtig gemacht und umgesetzt. Schlussendlich reduzierten sich die Diskussionen auf wenige kleine Punkte, die aus prinzipiellen Überlegungen oder auch fachlichen Begründungen her resultierten. Die meisten anerkannten jedoch die Richtigkeit dieser Ortsplanung und diese so dem Stimmvolk mit einem klaren Ja als Empfehlung zur Abstimmung vorzulegen. Das Mitspracherecht der Bevölkerung wurde in diesem langen Prozess durch die Einsprachen und deren Behandlung zur Genüge abgeholt. Jetzt ist es an der Zeit, dass wir Arbon wieder bewegen können. Um der Bevölkerung die Vorteile, Konsequenzen und den übergeordneten Gedanken der Ortsplanung ohne das direkte Verhängen mit einzelnen Projekten genau erklären zu können, setzt sich die Fraktion Die Mitte/EVP für ein Abstimmungskomitee ein. In diesem Sinn ist die Fraktion einstimmig für diese Ortsplanungsrevision.

Bill Mistura, SVP: Ich habe natürlich genau die gleiche Ansicht wie Riquet Heller, dass wir heute hier diskutieren können, aber im Grundsatz ist die Ausgangslage glasklar. Wir können sagen «hier verstanden», denn es ist wichtig für unsere Zukunft, dass das nicht nochmals eine weitere Schlaufe nimmt und dann zurückgeht an den Kanton und dann reden wir wieder über einige Jahre. Es ist ja bereits jetzt ein Jahrzehnt vergangen und jetzt geht es doch darum, dass wir nicht Stillstand wollen, sondern dass wir Arbon vorwärtsbringen, indem unsere Abstimmungsempfehlung an das Volk zu dieser Ortsplanungsrevision abgegeben wird und letztlich soll das Volk bestimmen können. In der Diskussion Riva, aber auch in den vorletzten Statements bin ich einfach immer überrascht, dass gewisse Damen in Anspruch nehmen, dass sie wissen, was in der Bevölkerung abgeht. Also ich kann das erst beurteilen, wenn ich die Resultate gesehen habe. Vorher würde ich vielleicht eine Einschätzung vornehmen und diese sollte höflich sein. Das wäre mein Ansatz.

Lukas Auer, SP/Grüne: Der Kanton Thurgau hat sein Planungs- und Baugesetz angepasst, dabei wurde die Gemeinde verpflichtet, ihre Gesetzgebung an die kantonalen Bestimmungen anzupassen. Es gilt also zu beachten, wie schon ein paarmal erwähnt, dass die Vorlage nur als Ganzes befürwortet oder abgelehnt werden kann, also ja oder nein. Eine Ablehnung oder Änderung einzelner Teile steht somit nicht zur Diskussion und wie Bill Mistura gesagt hat, könnten wir bis früh um 6 Uhr noch weiter diskutieren.

Wir konnten über 50 Fragen und Antworten im Bericht der Kommission nachlesen. Es wurde sehr klar aufgezeigt, was wir in Zukunft in unserer Stadt Arbon alles verhindern, wenn wir diese ablehnen würden. Jetzt müssen wir Verantwortung übernehmen als Volksvertreter und -vertreterinnen hier im Saal. Wir alle wollen Arbon weiterbringen, attraktiver machen, endlich aus den negativen Schlagzeilen kommen. Wie erklären wir dem Volk eine Ablehnung? Wie sollen wir diese Verhinderung erklären? Ich kann es nicht und ich bin froh, muss ich es auch nicht. Wir müssen der Bevölkerung vermitteln, dass mit einer Ablehnung der Ortsplanungsrevision eine Genehmigung der pendenten und zukünftigen Gestaltungspläne nicht stattfinden wird und Arbon daher in einer Weiterentwicklung blockiert ist. Wir haben hier Gewerbe, wir haben hier mögliche neue Anwohner, die einfach eine Ohrfeige bekommen. Kurz gesagt: Wir blockieren, wir machen finito, basta oder aus die Maus, wir stehen zurück im Mittelalter. Jetzt haben wir die Chance auf der Hand, nehmen wir die Chance an und bringen wir gemeinsam Arbon weiter und machen wir es attraktiver. Ich bitte Sie ganz klar, nicht nur hier im Saal das zu befürworten, sondern nachher gegen

aussen unseren Wählerinnen und Wählern und der Bevölkerung klar aufzuzeigen, was wir hier versauen, versäumen, wenn wir hier nicht zustimmen.

Heidi Heine, SP/Grüne: Dass der Hochhausstandort beim Metropol in der Bevölkerung von Arbon umstritten ist, das ist ja nun unlängst bekannt. Ich behaupte nicht zu wissen, ob es die Mehrheit ist oder nicht, aber mit der jetzigen Ausformulierung des Zonenplans haben die Menschen, die diesen Standort für ein Hochhaus nicht befürworten können, nur die Möglichkeit, den gesamten Zonenplan abzulehnen. Ich sehe darin eine grosse Gefahr und ich weiss nicht, ob der Stadtrat gut daran tut, da so mutig vorzupreschen und sich in Sicherheit zu wagen, dass die Mehrheit der Bevölkerung dieses Hochhaus wirklich möchte. Wir bringen da die Unternehmen im Ort Arbon reichlich in Gefahr, wenn der Zonenplan nicht angenommen wird. Das sehe ich genau auch so. Das Projekt Riva abzulehnen, reicht da nicht, der Standort bleibt ein Standort, an welchem Hochhäuser gebaut werden dürfen. Es muss für die Bevölkerung meiner Ansicht nach möglich sein, gegen einen Hochhausstandort an diesem Ort zu stimmen, ohne gleich den gesamten Zonenplan ablehnen zu müssen. Deshalb ist dieser Hochhausstandort aus dem Zonenplan zu streichen und der Zonenplan ohne dass Hochhaus Riva der Bevölkerung vorzulegen. Das kann dann in einem zweiten Schritt, wenn die Bevölkerung ja gesagt hat zu den Hochhäusern, sofort wieder aufgenommen werden. Dann haben wir wirklich die Stimme der Bevölkerung, die sagt, wir wollen die Hochhäuser und jetzt ergänzen wir den Zonenplan, den wir bereits in einem ersten Schritt durchgebracht haben. Daher beantrage ich eine Rückweisung an den Stadtrat.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Ich sehe mich da schon veranlasst, etwas ins rechte Licht zu rücken. Vielleicht muss man zuerst erklären, was dieses Konzept Hohe Häuser oder Hochhäuser überhaupt bedeutet. Es ist ein Anhang zum Baureglement, es ist also kein Gesetz. Es sagt nur, wenn man in Arbon Hochhäuser bauen möchte, dann nur an diesen vier Standorten. Wie es richtig erwähnt wurde, das ist übrigens im PBG geregelt, gibt es schon eine Gestaltungsplanpflicht für hohe Häuser oder Hochhäuser und das fakultative Referendum ist auch im PBG schon geregelt. Jetzt tut man hier so, als wäre so ein Gestaltungsplanverfahren eine Sache eines halben Jahres oder so. Zuerst gibt es ein informelles Mitwirkungsverfahren. Das heisst, man muss erst mit einem Planungsbüro ein Konzept ausarbeiten, vielleicht sogar wieder einen Wettbewerb machen, um ein Referenzprojekt in einer Testplanung zu definieren. Das dauert mindestens ein Jahr. Dann kommt das formale Mitwirkungsverfahren, öffentliche Auflagen, da kann man Einsprachen einreichen. Diese Einsprachen müssen behandelt werden, da hat man letztendlich Rechtsmittel, das dauert ebenfalls wieder eineinhalb bis zwei Jahre. Dann kommt das fakultative Referendum. Wenn man alles zusammenzählt, dauert so ein Verfahren zweieinhalb bis drei, wenn nicht vier Jahre und kostet ziemlich Geld. Bei der Planung für so ein Projekt rechnet man mit CHF 100'000 bis CHF 300'000 Planerkosten. Das ist die Realität. Jetzt kann man nicht hingehen und sagen, okay man kann da einfach Hochhäuser bauen. Ich möchte diesen Grundeigentümer grundsätzlich sehen. Und wenn man jetzt hinget und sagt, Stadtrat bitte streicht das aus dem Konzept heraus, dann bedeutet das, wir können das nicht einfach herausstreichen und beim Kanton wieder zur Genehmigung einreichen. Wir müssen es wieder öffentlich auflegen, es geht wieder in eine Vorprüfung zum Kanton und der ganze Rattenschwanz beginnt von vorne, weil es eben grundeigentümerbindend ist. Das ist leider so, das dauert auch wieder zwei oder vielleicht sogar mehr Jahre. So einfach ist das eben nicht.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Wir haben einen Rückweisungsantrag von Heidi Heine. Ich bitte dich, den Rückweisungsantrag noch schriftlich einzureichen.

Ulrich Nägeli, SVP: Soweit ich informiert bin, gibt es zwei Abstimmungen. Einmal über das Riva und einmal über die Ortsplanungsrevision. Diese Diskussion führt natürlich auch wieder zur Verunsicherung der Bevölkerung. Wie gesagt, die Bevölkerung kann zweimal abstimmen und dass eine kann das andere nicht ausschliessen. Eine Aufspaltung der Bevölkerung finde ich hier jetzt ein wenig problematisch. Jedoch ist es so, dass ohne Annahme der Ortsplanungsrevision Arbon in eine Sackgasse gerät. Das heisst Stillstand für viele Jahre und Unklarheiten in sämtlichen Bereichen der verschiedenen Zonen. Mit der Annahme der Ortsplanungsrevision haben wir wieder

einen Plan und eine Vision für viele weitere Jahre. Die wichtigsten Entwicklungen in unserer Einwohnergemeinde werden geregelt und können damit realisiert werden. Sämtliche Zonen von den Naturschutzzonen bis zu den Industriezonen wurden definiert, der Weg wäre somit frei für eine weitere, ausgewogene Stadtentwicklung. Daher bin ich gegen den Antrag von Heidi Heine und rate euch, ihn abzulehnen. Denn wir müssen jetzt wirklich die Gelegenheit nutzen, in Arbon vorwärtszumachen und hier für viele Jahre Klarheit und Sicherheit zu schaffen für unsere Bevölkerung. Denn das beruhigt die Bevölkerung und nicht das dauernde Hin und Her, welches die Bevölkerung verunsichert. Wir müssen heute ein klares Zeichen setzen.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag von Heidi Heine wird mit 2 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Riquet Heller, FDP/XMV: Die Besonderheit der vorliegenden Debatte ist, dass wir 56 Artikel eines Baureglements haben. Sie haben im Internet auch gelesen, auf Druck der Kommission haben wir eine Synopse erhalten und ausser den wohlwollenden Worten von Kollegin Wetzel Togni meldet sich niemand dazu. Keine einzige Lesung, keine redaktionelle Lesung, jedes Komma, alles stimmt. Ich gebe zu, auch ich habe mich nicht vertieft, denn es ist ja gar nicht nötig, man könnte ja eh nichts ändern. Aber das ist schon besonders, nicht wahr. Wir streiten uns jeweils noch recht zünftig, wenn wir Reglemente erlassen, namentlich wenn es 56 Artikel sind.

Sodann nehme ich jetzt Bezug auf das Materielle. Auch nur ein bisschen kursorisch, weil das eben eigentlich ja auch überflüssig ist und das Votum, welches Bill gehalten hat, richtig ist. Wir könnten uns bis Mitternacht unterhalten und es hätte keinen Zweck. Aber immerhin stelle ich fest, dass beim Campingplatz (das ist auf Seite 4 des Fragekatalogs) behauptet wird, dass der neu der Landschaftsschutzzone angegliedert worden sei. Alt war es noch Zone für öffentliche Bauten. Es sei jetzt einfach der Landschaftsschutzzone zugeordnet worden. Das stimmt so nicht. In den Unterlagen wurde nämlich noch gesagt, dass man diesbezüglich keine Nachfrage hätte. Keine Nachfrage für Standplätze für Wohnmobile, nachdem wir die untere Wiese des Strandbads dafür zur Verfügung stellen wollten und jedermann, der die Branche kennt, weiss, Wohnmobile, Boote und Freizeitartikel, die Mobiliar sind, gibt es en masse? Es gibt keine Standorte für die Dinge. Es gibt genügend Tennisschläger, es gibt genügend Golfschläger, aber es gibt keine Plätze. Es gibt genügend Boote, es gibt genügend Wohnanhänger, aber es gibt keine Plätze. Da vergibt sich Arbon leider eine Chance. Ich meine, der Platz westlich des Parkplatzes beim Strandbad Arbon, das ist die gegenüberliegende Seite des Tennisplatzes, wäre geeignet, um dort Wohnmobile hinzustellen. Der entsprechende Streifen ist auch ausgeschieden und es ist bekannt, dass die Bäuerin, könnten wir ihr Realersatz bieten, gar nicht abgeneigt wäre für einen entsprechenden Tausch. Arbon gibt die entsprechende Chance aus der Hand und wir kriegen nie einen Campingplatz hin, wie es zum Beispiel vorbildlich Egnach in der Seelust hat. Das kriegen wir nie hin, das ist jetzt weg.

Dann eine Feststellung im Seemoosriet. Das finden Sie in den Unterlagen auf S. 14. Dort wird geschrieben: Frage: «Das Naturschutzgebiet wird neu vom Kanton als Wald ausgeschieden. Wie wird sichergestellt, dass der Wald für die Bevölkerung nicht begehbar ist? Der Schutzstatus wurde geschaffen, da der Wald in der Vergangenheit überbevölkert war. Mit der Zuweisung als Wald verfällt die Naturschutzzone.» Einmal zum Deutsch: Ein Wald wird nicht überbevölkert und die Naturschutzzone verfällt auch nicht. Gefreut hat mich, dass es Seemoosriet heisst und nicht Simisriet. Das Seemoosholz wird fälschlicherweise leider landläufig als Simisholz bezeichnet, obwohl es mit Simeone gar nichts zu tun hat. Ich bitte Sie, doch weiterhin den Begriff Seemoosholz zu gebrauchen, dann ist es klar, dass es das Holz zum Riet ist. Und tatsächlich, wenn es Wald ist, hat das zur Folge, dass das Zivilgesetzbuch vorschreibt, dass wir alle als Bürger freien Zutritt zum Wald haben. Den können die Waldbesitzer nicht absperren. Das Pilzen und Beerensammeln unserer Vorfahren wird heute vortrefflich für den Freiheitgebrauch herangezogen. Es ist nach meinem Dafürhalten ein Fehler, dass dieses wertvolle Gebiet, da gebe ich Cornelia Wetzel Togni recht, als Wald erklärt wird und nur als Wald und nicht als Naturschutz.

Dann noch eine Bemerkung zum Antrag, der glücklicherweise so klar abgelehnt wurde: Ich meine, es sei Pflicht der Grünen Partei, ihren Wählern zu erklären, dass wenn sie gegen Hochhäuser sind, sie den Gestaltungsplan Riva abzulehnen haben, aber nicht gleichzeitig auch noch die Ortsplanungsrevision. Dies ist eine Pflicht dieser Partei, dass sie ihren Wählern, die gegen Hochhäuser sind, erklärt, wie sie vorzugehen haben und nicht auch noch die Ortsplanung scheitern zu lassen. Das wäre eine Katastrophe für Arbon. Ich bitte Sie darum.

Christoph Seitler, FDP/XMV: Ich möchte auch noch einen kurzen Beitrag zur Ortsplanungsrevision halten. Zuerst herzlichen Dank für die sehr gute Arbeit seitens der Behörden und des Stadtrats, welche mit der Parlamentsbotschaft Ortsplanungsrevision einen vorzüglichen Bericht verfassten. Nicht so glücklich bin ich über den vorliegenden Kommissionsbericht. Aufgabe eines solchen Berichts wäre doch grundsätzlich die Bündelung und Schärfung relevanter Fragestellungen. Dies mit dem Ziel, eine konstruktive und fachgerechte Diskussion im Parlament zu erleichtern. Das Gegenteil fand statt. Wir wurden mit zahlreichen Detailfragen mit entsprechenden Antworten konfrontiert, ohne dass aus diesen Fragen die notwendige Quintessenz gezogen wurde. Insgesamt hinterliess dieser Bericht bei mir den Eindruck einer Auslegeordnung wie beim Beginn eines Puzzlespiels, welches nicht wieder zusammengesetzt wurde.

Nun meine Meinung zur Ortsplanungsrevision: Bei einer möglichen Annahme dieser Revision wird Arbon nicht automatisch zum Manhattan am Bodensee, so wie es viele Gegner dieser Vorlage offenbar befürchten. Der Bau von Hochhäusern unterliegt nämlich einem strengen Regulativ. Erstens sind im Richt- und Zonenplan nur wenige Zonen vorgesehen, wo Hochhäuser entstehen könnten. Auf der Schützenwiese steht bereits das Saurer-Hochhaus. Im Bereich des Metropols ist eine weitere Zone vorgesehen, auf der Hochhäuser gebaut werden könnten. Der Bau solcher Hochhäuser unterliegt nach der möglichen Annahme der Ortsplanungsrevision jedoch immer der Zustimmung eines Gestaltungsplans, der vom Kanton abgesegnet werden muss und gleichzeitig einem fakultativen Referendum unterliegt. Das heisst, die Arboner Bevölkerung kann sich jederzeit aktiv gegen einen solchen geplanten Hochhausbau wehren, und das nur mit wenigen Hundert Stimmen. Das Argument einiger Gegner, dass mit der Annahme der Ortsplanungsrevision bereits das Baugesuch zum Bau der Riva-Türme bewilligt wird, ist damit widerlegt und hinfällig. Was diese Gegner der Ortsplanungsrevision hingegen für die Dauer von mehreren Jahren verhindern, ist die zeitnahe Umsetzung weiterer städtebaulicher Vorhaben, welche einem Gestaltungsplan unterliegen, zum Beispiel die Bereiche Saurerwerk 2 oder Stadthof. Arbon wird damit in seiner Entwicklung blockiert, und dies nicht nur in der besagten Kernzone, sondern auch in der Agglomeration, zum Beispiel bei der Erschliessung und Bau von Gewerbezone wie im Bereich Stachen Süd, der auch einem Gestaltungsplan unterliegt, sodass dort über Jahre gesehen nur wenige neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Nicht zuletzt erschweren die besagten Gegner von höheren Häusern und Hochhäusern ein verdichtetes Bauen – ein Muss in der heutigen Zeit, wo mehr Grünflächen und Biodiversität gefordert wird, was nur umgesetzt werden kann, wenn der Fussabdruck eines Gebäudes gegenüber seiner nutzbaren Bruttogeschossfläche möglichst klein bleiben sollte.

Schliesslich darf auch einmal visionär geträumt werden, und zwar für die Generationen nach uns, welche vielleicht in einem urbaneren Arbon in mehr höheren Häusern oder Hochhäusern zu leben wünschen und in ihrer Vorstellung von einem attraktiven Wohnen und Leben nicht in denjenigen Darstellungen verhaften bleiben wollen, welche in den historischen Fotos von Arbon zu finden sind. Aufgrund meiner gemachten Ausführungen bin ich für ein ganz klares Ja für die Ortsplanungsrevision.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Wie erwähnt, ist es uns im Stadtrat ein ganz grosses Anliegen, dass diese Ortsplanung nur durchkommt, also vom Stimmvolk genehmigt wird, damit wir sie dem Kanton einreichen können zur Genehmigung. Ich möchte daran erinnern, schon allein dieses Verfahren wird nochmals etwa ein bis eindreiviertel Jahre dauern, bis wir diese Ortsplanung in Rechtskraft setzen können. Darum ist es wichtig, dass wir da vorwärtsmachen und Rechtssicherheit schaffen. Herzlichen Dank.

Abstimmung

Der Antrag der Kommission und des Stadtrats wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme angenommen.

4. Fragerunde

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Gemäss Art. 48 des Geschäftsreglements führt Ende der Sitzung eine Fragerunde durch. Die Fragen werden an der Sitzung mündlich gestellt. Der zuständige Stadtrat beantwortet die Frage in der Regel sofort, mündlich und kurz. Eine Diskussion findet nicht statt.

Myrta Lehmann, Die Mitte/EVP: Es herrscht unübersehbar Wahlkampf in Arbon. Um Werbungen mit Plakaten zu machen, gibt es dazu kantonale Vorschriften für die Gemeinden im Thurgau. Ganz klar beschrieben frühestens 6 Wochen vor dem Wahl- oder Abstimmungstermin. Irritiert waren wir, dass bereits 10 Tage vor der offiziellen Frist grosse bezahlte Werbung von der SP für den Stadtrat hing. Dies löste bei Parteien und Gruppierungen Nachfragen betreffend Wahlplakatierung aus. Am 24. Januar wurde dazu von der Stadtschreiberin eine Mail verschickt. Der offizielle Beginn für Plakatierung wurde da nochmals deutlich auf Sonntag, 29. Januar 2023 angegeben. Eben 6 Wochen vor Wahltermin. Ich hätte mir nämlich auch gewünscht, dass bereits am Samstag Werbung hätte angebracht werden können. Es begannen gerade die Skiferien und viele von uns verreisten. Da von der Stadtschreiberin explizit an den Solidaritäts-, Gleichheits- und Fairplay-Gedanken – auch alles Grundgedanken der SP – appelliert wurde, um den Termin vom Sonntag einzuhalten, wurde ich bereits am Samstag eines Besseren belehrt, hingen die roten Plakate doch bereits an den verschiedensten Orten, sogar an klar nicht mehr zulässigen. Wie könnte so ein Vergehen hier in Arbon vielleicht doch sanktioniert werden? Ich fühle mich nämlich etwas veräppelt.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Ich kann nur so viel sagen, bevor ich meine Ausführungen beginne, das ist nicht nur im Bezirk Arbon ein Thema, das ist auch in anderen Bezirken leider ein Thema.

In erster Linie möchten wir festhalten, welcher hohe Arbeitsaufwand für die Verwaltung damit vorliegt, wenn wir diese fehlerhaften Plakate quasi verwalten müssten. Zuerst muss nämlich ein Foto des unerlaubten Plakats gemacht werden, dann wird dieses Foto mit Fristansetzung der Sünderpartei verschickt. Wenn die Frist abgelaufen ist, müssen wir kontrollieren, ob es auch wirklich umgesetzt worden ist usw. Diese Arbeiten könnten vermieden werden, wenn man sich an die Richtlinien halten würde. Tatsächlich gibt es vom Tiefbauamt des Kantons Thurgau eine Richtlinie, die im April 2012 von den Thurgauer Städten, Gemeinden, der BDP, CVP (heute Die Mitte), EDU, EVP, FDP, GP, KVP, SD, SP, SVP sowie dem kantonalen Tiefbauamt und 2019 auch von der GLP akzeptiert wurde. Es ist eine Art Gentleman Agreement, dass man sich daran hält und erst 6 Wochen vor den Wahlen plakatiert. Gemäss unserem Verständnis und dem Verständnis des Rechtsdiensts des Kantons Thurgau gelten diese Regelungen für das Aufstellen von Wahl- und Abstimmungsplakaten bei Wahlen und Abstimmungen unabhängig davon, ob auf öffentlichem oder auf privatem Grund. Sie gelten auch für das Anbringen von Plakaten an Standorten, die kostenpflichtig von Dritten betrieben werden. Die Regelung des Kantons Thurgau wurde im Jahr 2012 von allen Thurgauer Städten und Gemeinden und Parteien gutgeheissen und als verbindlich erklärt. Jetzt kommt das Aber. Jedoch kann weder der Kanton noch eine Stadt oder Gemeinde die angebrachten Wahlplakate auf privatem Grund verbieten und entfernen lassen. Es gibt keine gesetzliche Grundlage dafür, diese zwangsweise zu entfernen oder das durchzusetzen. Natürlich können wir die Plakate auf öffentlichem Grund unter Umständen sogar gegen Kostenfolgen entfernen. Darum appellieren wir in Zukunft an die Parteien, sich an diese Regelung zu halten. Aus eigener Erfahrung, ich mache das auch schon ein paar Jahre, es schadet in der Wahrnehmung der Bevölkerung mehr, als es wirklich nützt, wenn man zu früh aufhängt.

Esther Straub, Die Mitte/EVP: Nach meiner Rückkehr aus Australien war ich am See und habe bemerkt, dass die Seeliebi immer noch geschlossen ist. Im Tagblatt am letzten Samstag wurden die Gastrozwischenutzungen erwähnt, es waren aber nur zwei. Ich sehe aber drei. Zwei Jahre sind seit dem Pilotprojekt vergangen, nur zwei wurden tatsächlich umgesetzt. Die Veranda wird im Sommer rege benutzt und das Café ist auch sehr beliebt. Die Seeliebi 9320, der dritte Gastrobetrieb ist immer noch geschlossen. Desirée Fatzers Konzept ist seit dem 28 April 2021 unter Arbon aufgeschaltet. Im Sommer 2022 wurde für die Seeliebi 9320 von der Stadt Arbon die Strassen aufgerissen und Leitungen verlegt, damit die Seeliebi den Betrieb öffnen kann. Meine Fragen: Wie viel haben die Strassenbauten und der Anschluss für die Steuerzahler bis jetzt gekostet? Wie viel Miete verlangt die Stadt für diesen Platz? Ab wann ist dieser Gastrobetrieb geöffnet? Und wer ist zuständig für die Rasenpflege rund um die Seeliebi? Denn das sieht gar nicht so hübsch aus.

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Leider ist die Frage von Esther Straub so kurzfristig eingetroffen, dass es mir nicht möglich ist, hier jetzt eine fundierte Antwort zu geben. Gerne werde ich dies natürlich an der nächsten Parlamentssitzung nachholen.

5. Informationen aus dem Stadtrat

Keine Informationen.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zum Schluss der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 21. März 2023 statt. Ich danke Ihnen bestens für die konstruktive Mitarbeit und vor allem auch für die ausgezeichnete Sitzungsdisziplin an der heutigen Parlamentssitzung. Ich wünsche allen einen schönen Abend und einen guten und hoffentlich unfallfreien Nachhauseweg. Und vor allem bleiben Sie gesund. Die Sitzung ist beendet.

Ende der Sitzung um 21.50 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin:

Peter Künzi

Nadja Holenstein